Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeitzer Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen vorherige Einsendung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter" ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 52. Sonnabend, den 30. Dezember 1911. 15. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Jahresrückblick. — Mehr Steinarbeiterschutz! — Schutzzoll und Bodenwucher. — Bericht des internationalen Steinarbeitersekretariats pro 3. Quartal 1911. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Aenderungen. Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Gedicht: Ein neues Jahr ... — Die Tarifverträge im Deutschen Reich im Jahre 1910. III. — Die soziale Lage der Grisselmacher im meiningischen Landtage. — Servilismus bei den Keramikern. — Aerztliche Gutachten und Unfallverletzte. — Gedicht: „Bestie Alkohol." — Literarisches. — Feuilleton: Die Entstehung der Axt.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperrt sind: Kembach: Firma Seubert. — Berlin: Kunststeinbearbeitungsgeschäft Jüngers & Schille. — Osterwald-Mehle: Firma Meine & Illemann. — Bürgstadt: Steinbruch Helmstetter. — Freiburg (Schlesien): Bildhauerei Plieschke. — Kreiensen: Firma Schmidt. — Kappelrodeck: Grabsteingeschäft R. Eid. — Landsberg a. W.: Bahndamm-Neubau.

Aisleben. Der Streik bei der Firma Schiller & Röcker dauert unverändert fort. Der Unternehmer beabsichtigt, zehn der Streikenden zu maßregeln.

Porta bei Minden. Bei der Firma Michelsohn legten die Kollegen am 18. Dezember wegen Preisdifferenzen die Arbeit nieder. Durch Entgegenkommen der Kirchenbauverwaltung wurde die Sache am 22. Dezember beigelegt und die Arbeit wieder aufgenommen.

Birkenfeld bei Pforzheim. Die Kollegen stellten bei der Firma Gebr. Denzinger die Arbeit ein. Die Ursache war Festsetzung von Akkordpreisen, die eine erhebliche Reduzierung der bisherigen Löhne darstellen.

Gera. Am 11. Dezember sind die Kollegen bei der Firma Korb & Töpelmann in den Streik getreten. Die Firma sucht in oberfränkischen Blättern Steinmetzen und Schleifer, welche dem Zentralverband deutscher Steinarbeiter nicht angehören.

Detzeln. Die Firma Minner hat zwei Pflastersteinarbeitern gekündigt. Der Grund hierzu scheint zu sein, weil die beiden, nachdem sich im Steinbruch ein tötlicher Unglücksfall zutrug, der Gerichtskommission in ungeschminkter Weise die Wahrheit sagten. Arbeitsangebote der Firma Minner sind abzuweisen.

Jahresrückblick.

Das Jahr 1911 geht zur Neige, und wenn wir darauf einen Rückblick werfen, wie sich in diesem Jahre der Zentralverband deutscher Steinarbeiter entwickelt hat, so können wir nur erfreuliches berichten. Arbeit gab es in Hülle und Fülle; das gilt sowohl für den ehrenamtlichen Funktionär, wie für die Angestellten.

Mit großer Genugtuung können wir auf den enormen Mitgliederzuwachs in den letzten 1½ Jahren zurückblicken. Die Zeiten der Stagnation unsres Verbandes sind nun glücklicherweise überwunden. Damit sich unsre Leser ein recht übersichtliches Bild über den Stand unsrer Mitgliedsziffern machen können, soll nachstehende Tabelle informieren. Die Mitgliederzahlen hatten in nachstehenden Quartalen und Jahren folgende Höhe:

Jahr	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
1908	18 490	18 832	18 042	16 257
1909	16 070	17 139	17 502	16 703
1910	18 069	19 427	21 055	22 416
1911	24 672	27 033	28 076	—*

* Das Resultat liegt noch nicht vor.

Diese Zahlenreihe dokumentiert somit recht drastisch, wie der Eisenacher Beschluß: Die Organisierung der Steinbruchsarbeiter zu betreiben, gewirkt hat. Dadurch, daß Tausende von Steinbruchsarbeitern dem Verbande zugeführt wurden, wurden auch Hunderte von indifferenten Steinmetzen mühelos gewonnen. Der Gelernte will sich doch von ungelernten Arbeitern nicht beschämen lassen. Seitdem bei uns die Hilfsarbeiterorganisierung durch die Beitragsstaffelung gelöst ist, müssen die Christlichen zu ihrem großen Leidwesen ersehen, daß sie mit ihrer Organisationsentwicklung erst recht gehemmt sind.

Der Geschäftsgang war in der Steinindustrie ein guter. Sogar in der Sandsteinbranche wurde bis zum Oktober sehr flott gearbeitet. Aber dann folgten in dieser Branche in einer Reihe von Bezirken sogar Massenentlassungen. Es ist auch keine Aussicht vorhanden, daß in der Sandsteinindustrie die Arbeitsgelegenheit in den nächsten Monaten sich bessern wird. Am allermeisten sind von dieser wirtschaftlichen Misere die Kollegen im Bunzlau-Löwenberger Distrikt getroffen. In Niederschlesien wird dieser Industriezweig die alte Stellung wohl kaum mehr einnehmen können. In der Granitbaubranche war der Beschäftigungsgrad ein guter zu nennen. Allerdings die reichprofilierten Arbeiten, wie sie die Steinmetzen früher kannten, werden auch heute nicht mehr angefertigt. Im Odenwald wurden noch vor zehn Jahren zum größten Teil Werkstücke mit einer reichhaltigen Architektur hergestellt, heute dagegen ist die Hauptproduktion auf Stufen und Randsteine zugeschnitten. Die Schleifereien haben wegen der Aenderung der Geschmacksrichtung in der Denkmalsproduktion die seit drei Jahren bestehende Krise noch nicht überwunden. Aber die Schleifereien haben es nun doch allmählich verstanden, sich dem Zuge der Zeit anzupassen. Die Schablonen- und Dutzendware verschwindet und die hergestellten Musterkataloge zeigen eine ganz neue Aufmachung. Allmählich führen sich auch die „farbigen" deutschen Granite aus dem Fichtel-, Erz- und Riesengebirge und dem Schwarzwald immer mehr ein. Allerdings, die Schleifer werden größtenteils die Leidtragenden sein, weil diese farbigen Materialien zum überwiegenden Teile gestockt bleiben. Im Fichtelgebirge, dem Herd der Monumentalindustrie, sind jetzt die Schleifer mitunter zwei bis vier Tage arbeitslos, dann geht es wieder zehn bis zwölf Tage und dann wird wiederum täglich gearbeitet, aber mit verkürzter Arbeitszeit. Die Schleifereibesitzer müssen in Zukunft mehr die Qualität, als wie die Quantität bei ihrer Produktion im Auge behalten. Mit Aufträgen geradezu überhäuft waren die Pflasterstein- und Schotterwerke. Für diese Industriellen brachte das Jahr 1911 geradezu einen andauernden ungeheuren Goldregen. Die Pflastersteinwerke konnten ihre Lagerplätze räumen, und ebenso war es möglich, die gesamte Jahresproduktion unterbringen zu können. Diese Tatsache ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil in den ersten sechs Monaten auch die schwedische Einfuhr stark stieg, und zwar wegen der Zollverhandlungen. Die Schweden mußten annehmen, es kommt der Zoll, und so waren sie bemüht, wenigstens dieses Jahr die zollfreie Pflastersteinausfuhr merklich ausnützen zu können. In den Schotterwerken werden zum Zerkleinern der Steine immer mehr die Knackschlagmaschinen herangezogen und so ergibt sich, daß zwar die Produktionsziffer ungeheuer steigt, aber die Arbeiterzahl merklich kaum noch vermehrt wird. Durch die starke Zunahme des Automobilverkehrs müssen die Straßen in guten Stand versetzt werden, und so ist damit zu rechnen, daß auch in den nächsten Jahren die Pflastersteine- und Schotterwerke mit genügenden Aufträgen versehen sein werden. Besonders das Kleinpflaster erobert sich immer mehr Freunde unter den bautechnischen Autoritäten. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß auch in den Kalksteinbrüchen mit Hochdruck geschafft wurde. Die Kurse der Kalk- und Zementwerke sind gestiegen. Daraus kann geschlossen werden, daß bei der Gewinnung der Rohmaterialien in den Kalk-, Dolomit- und Zementsteinbrüchen intensiv gearbeitet wurde. In den drei soeben genannten Steinbruchsarten werden 1923 Betriebe mit 16 114 Vollarbeitern gezählt. Das gibt uns einen schönen Fingerzeig, in welcher Richtung wir zukünftig mit der Agitation einsetzen müssen. Am besten war dieses Jahr die Marmorindustrie beschäftigt. In dieser Branche gehörte die Arbeitslosigkeit unter den Kollegen zur Seltenheit. Marmor wird heutzutage sehr viel verbraucht, es wird kaum ein besseres Bürgerhaus gebaut, wo der Marmor, dieses edle Gestein, nicht Verwendung finden würde. Besonders in den Großstädten versuchen es die Architekten mit großem Geschmack, bei den inneren Ausbauarbeiten die bunten Marmore in großer Anzahl kompositiv zu behandeln. Die Löhne in dieser Branche haben dementsprechend etwas angezogen. Allerdings arbeiten die großen Marmorwerke mit einer raffinierten Maschinentechnik. In keinem andern Zweige der Steinindustrie ist die Verwendung der Maschinen so vorgeschritten, als wie in der Marmorindustrie. Beiläufig sei bemerkt, daß von einer Verarbeitung des Marmors aus Deutsch-Südwestafrika in Deutschland selbst wenig zu bemerken ist.

Die Maifeier hat sich in den Herzen der Steinarbeiter einen sicheren Platz erworben. Besonders fällt auf, daß in vielen ländlichen Zahlstellen sich die Kollegen an der Begehung des Weltfeiertags fast einmütig beteiligten. In Berlin, Hamburg, Dresden, Leipzig, Bunzlau, Chemnitz, Erfurt ist es geradezu traditionell geworden, daß am 1. Mai die Arbeit ruht. Wenn auch die Unternehmer immer auf den Beschluß hinweisen, daß wegen der durchgeführten Maifeier Aussperrungen erfolgen sollen, so konnten wir bisher die Wahrnehmung machen, daß sie sich an diesen Beschluß in keiner Weise halten. Das ist auch ein Zeichen für die Stärke des Steinarbeiterverbandes.

Geradezu traurig ist, daß die Arbeiterschutzbestimmungen in der gesamten Steinindustrie so ungenügend durchgeführt werden. Indem die Betriebe recht weit verzweigt liegen, benutzen die Unterehmer diese Situation, um in krassester Weise die dementsprechenden Bestimmungen zu umgehen. In der Lausitz haben es einige Unternehmer heute noch nicht für notwendig gehalten, den Steinmetzen Schutzdächer zu stellen. Am schlimmsten leiden unter der Unternehmerrigorosität die Pflastersteinmacher. Diese sind vollends den Unbilden der Witterung ausgesetzt. Unsre Zahlstellenverwaltungen haben schon diverse Eingaben an die Behörden gemacht, leider war kein Erfolg zu verspüren. Aber auch in dieser Hinsicht werden in den nächsten Jahren für uns bessere Erfolge herausspringen. Wir müssen im kommenden Jahre mit einer schonungslosen Kritik einsetzen, um so allmählich zu erreichen, daß dem Arbeiter sein Recht wird.

Mit Vorliebe suchen unsre Unternehmer ausländische Arbeitskräfte heranzuziehen. Besonders trifft dieses für die Hartstein- und Marmorindustrie zu. Die Unternehmer haben dabei in erster Linie im Auge, den deutschen Steinarbeitern dadurch das Koalitionsrecht streitig machen zu können. Die Ausländer sind in den meisten Fällen unorganisiert, sie werden in den Betrieben auch bevorzugt. Dadurch wird erreicht, daß zwischen den einheimischen und ausländischen Arbeitern eine gewisse Spannung erzeugt wird. Aber nicht immer gelingt den Unternehmern ihre „wohlmeinende" Absicht, sehr oft müssen sie es erleben, daß sich die Angeworbenen ebenfalls als organisationsfähig erweisen.

Die Lohn- und Tarifbewegungen brachten dem Verbande im Berichtsjahre große Erfolge. Wir haben darüber im „Steinarbeiter" fortlaufend berichtet. Streiks gingen sehr wenig verloren und diese paar Verluste entfallen auf die Hartsteinbranche. Es ist dem Unternehmer öfters sogar sehr lieb, wenn sich die Arbeiter auf Dauerstreiks einlassen. Damit sichern sich die Herren auf Jahre hinaus eine günstige Position. Als typisch muß festgestellt werden, daß im Jahre 1911 der Verband in einer Reihe von Steinbruchsbezirken erstmalige Tarifabschlüsse durchsetzen konnte. Sicherlich arbeiten heute ca. 18 000 Verbandsmitglieder unter tariflich geregelten Lohn- und Arbeitsverhältnissen. Allerdings, die Hartsteinindustriellen zeigen sich auch in punkto Tarifabschlüssen äußerst hartnäckig und zugeknöpft. Aber auch diese Herren werden sich noch zu andern Ansichten bekehren müssen. Für die Sandsteinindustrie des Königreichs Sachsen wurde zum xtenmal über den Normaltarif beraten. Bei der Bemessung der Ortszuschläge rückten nun die Dresdner Unternehmer mit ihrer wahren Meinung heraus, indem sie bloß einen Zuschlag von 15 Prozent gewähren wollen. Nach den ermittelten Rechnungsergebnissen verlangen die Gesellen 23 Prozent Zuschlag. Die „Kühnheit" der sächsischen Steinmetzmeister zeigt sich vollends im hellsten Lichte, indem sie das Angebot machten, der Normaltarif müßte Gültigkeit bis zum 31. Dezember 1914 haben. Also auf drei Jahre wollen die Unternehmer kontrahieren. Die Herren werden es schon gestatten müssen, daß in ihren Wein der Steinarbeiterverband ein bißchen Wasser mengt. Dieser Vorschlag hat natürlich unter den sächsischen Steinmetzen große Entrüstung hervorgerufen, die wir auch völlig begreiflich finden. Zweifellos steckt hinter diesem Angebot der Verband der Steinmetzmeister und der Steinbruchsbesitzer mit dem Sitz in Berlin.

Anerkennung und Dank gebührt den ehrenamtlichen Funktionären der Zahlstellen. Wenn wir so rüstig im Berichtsjahre vorwärts kommen konnten, so ist dieses auch auf das Konto der geleisteten Kleinarbeit in den Zahlstellen zurückzuführen. Und wenn in den nächsten Tagen die Generalversammlungen stattfinden, so sollen unsre Mitglieder dort, wo sie wissen, daß der Verwaltungskörper gut gearbeitet hat, mit den Worten der Anerkennung nicht zurückhalten. Vielfach ist es in der Arbeiterschaft eingerissen, daß den Vertrauensleuten, welche jahraus, jahrein ihre vollste Pflicht getan haben, bei ihrem Abgange nicht ein Wort des Dankes gesagt wird. Ja, es gibt immer „Besserwisser", die bemüht sind, die Arbeit ihrer Vorgänger herabzuwürdigen. Kollegen! Ein solches Verfahren ist unfair! Wir hoffen bestimmt, daß nicht nur die Mitglieder bei den Vorstandswahlen erklären, die Vorstandschaft soll unterstützt werden, es müssen diesen Worten auch die Taten folgen. Die Ortsverwaltungen können ihrer Aufgabe nur gerecht werden, wenn jedes einzelne Mitglied seine Pflicht tut.

Wir schreiten nun hinüber ins neue Jahr. Die Reichstagswahlkampagne ist schon seit Wochen im Gange, auch die Steinarbeiter stellen in diesem gewaltigen Ringen vollends ihren Mann. Hoffen wir, daß die reaktionären Parteien geschlagen werden, wie nie zuvor. Unser Verband ist schon in den nächsten Monaten vor schwere Aufgaben gestellt. Einige Tarife, welche für größere Bezirke Gültigkeit haben, sind abgelaufen und bei der Erneuerung muß jede Verbesserung erst in zäher Weise erkämpft werden. Die große Mitgliedschaft unsres Verbands und die sehr geordneten Finanzen gelten aber als Bürgschaft, daß auch fernerhin der Ausbeutungswut der Unternehmer ein Riegel vorgeschoben werden kann.

Mehr Steinarbeiterschutz!

Im Steinbruch des Unternehmers Nikolaus Miener in Detzeln, Amt Waldshut (Baden), wurde durch herabfallendes Gestein der vor wenigen Wochen erst vom Militär entlassene Sohn des Detzelner Bürgermeisters erschlagen. Schon wieder ein junges hoffnungsvolles Menschenleben vernichtet. Die regelmäßige Wiederkehr ähnlicher Unglücksmeldungen aus Steinbrüchen stumpfen allmählich ab und erregen bald kein besonderes Aufsehen mehr. Wenn der vorliegende Fall von uns etwas ausführlicher behandelt wird, so geschieht es deswegen, weil das Unglück auf eine ganz unglaubliche Sorglosigkeit zurückzuführen ist und bei Beachtung der gesetzlichen Vorschriften mit Leichtigkeit

hätte vermieden werden können. Noch wenige Tage vor dem Unglück ist von Arbeitern gewarnt und die Befürchtung eines Unglücks an der gefährlichen Stelle ausgesprochen worden. Man hat aber die Warner verlacht und das Verhängnis hat seinen Lauf genommen. Ein wahres Wunder ist es, daß die beiden Mitarbeiter des Getöteten nicht mit getroffen wurden.

Der Minersche Steinbruch ist einer der am unvorschriftsmäßigsten uns bekannten Steinbrüche in Baden. Wiederholt haben wir schon Kritik an den dortigen Zuständen üben müssen, ohne leider besonderen Erfolg dabei erringen zu können. Hoffentlich hat das letzte Unglück die Wirkung, daß der Betrieb einer erhöhten und dauernden Kontrolle unterworfen wird. Bei der Gelegenheit wird sich manches in dem Steinbruch als nicht den gesetzlichen Vorschriften entsprechend erweisen.

Die Arbeitsbuden sind zunächst an Zahl zu gering, nicht wetterdicht, hinten offen und haben vor allem keine Zwischenwände zum Schutz gegen die beim Arbeiten abspringenden Sprengstücke. Teilweise haben es die Arbeiter versucht, einen primitiven Schutz herzustellen durch alte Säcke und dergleichen. Im etwa 5 Minuten vom Hauptbetrieb entfernten hinteren Bruch ist nur eine einzige Arbeitsbude vorhanden. Eine Unterkunftshütte gibt es dort überhaupt nicht. Im Hauptbruch ist zwar eine solche, aber für die Zahl der beschäftigten Arbeiter viel zu klein. Die Hälfte muß bei der jetzigen rauhen Jahreszeit im Freien oder in der rußigen Schmiede bei der Einnahme der Mahlzeiten herumstehen. Dazu ist die Hütte nicht dicht, die Fensterscheiben zerbrochen und so finster, daß schon während der Mittagspause das Licht angebrannt werden mußte. Die Reinigung ist ebenfalls eine sehr mangelhafte.

Ganz gesetzwidrig ist die Aufbewahrung des Pulvers und der Sprengkapseln in der Unterkunftsbude. Am Tage nach dem Unfalle mußte ein Arbeiter in aller Frühe das Schießmaterial aus der Bude nach dem Pulvermagazin tragen, damit die zu erwartende Untersuchungskommission nichts vorfinde. Beim Schießen wird in diesem Betrieb mit einem oft sträflichen Leichtsinn verfahren. Die Abgabe der vorgeschriebenen Signale unterbleibt oft oder es werden zur Erbauung musikalischer Ohren auf dem Signalhorn militärische Signale zum besten gegeben, so daß niemand weiß, wo der Scherz aufhört und der Ernst beginnt. Am Mittwoch, den 13. Dezember, wurde ein Schuß angebrannt, als ein Arbeiter sich auf dem Felsen befand und keine Zeit mehr hatte, sich vorwärts oder rückwärts in Sicherheit zu bringen. Glücklicherweise versagte der Schuß. Am 14. Dezember wurde noch nachts ein Schuß mit der Laterne im Finstern abgebrannt. Weder Signal wurde gegeben, noch die direkt vorbeiführende öffentliche Fahrstraße abgesperrt. Der Unternehmer hatte angeordnet, daß der betreffende Arbeiter nicht eher heimgehen darf, bis der Schuß gelöst ist. Im Mai wurde ein Arbeiter auf der Straße von einem faustgroßen Stück Stein an der Lunge getroffen und schwer verletzt.

Das Schienengleis geht an den Arbeitsbuden der Pflastersteinmacher so nahe vorbei, daß es schon wiederholt vorgekommen ist, daß Steine durch Anstreifen heruntergefallen sind und nur durch Zufall noch niemand verletzt worden ist. Im ganzen Steinbruch ist nicht eine einzige Leiter zu finden. Ein Hanfseil hing bis vor wenigen Wochen Tag und Nacht bei jeder Witterung über den Felsen. Nur der Kritik einer Versammlung ist es zu danken, daß es am andern Morgen im Trocknen verwahrt wurde. Auch Verbandszeug ist erst vor kurzem angeschafft worden. Kommt aber jemand in die Lage, Verbandszeug benutzen zu müssen, so muß er gewärtig sein, sich den Zorn des Poliers Rudolf Korb zuzuziehen, der es wiederholt schon kritisiert hat, wenn ein Arbeiter Verbandszeug gebraucht hat. Die Abortverhältnisse entsprechen nicht den gesetzlichen Bestimmungen. Trinkwasser ist keins vorhanden. Alles in allem der Steinbruch ist eine Fundgrube zahlreicher Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften.

Der Unternehmer selbst ist gleichfalls ein Musterbeispiel eines rückständigen und brutalen Arbeitgebers, wie wir sie leider in der badischen Steinindustrie oft antreffen und denen gegenüber die Anerkennung der gesetzlichen Bestimmungen erst erkämpft werden muß. Es sind aber auch dieselben, die der Führer des badischen Zentrums Dr. Zehnter im letzten Landtag gegen die Wünsche der Arbeiter glaubte in Schutz nehmen zu müssen. Als die Arbeiter der gerichtlichen Untersuchungskommission wahrheitsgemäß die Ursache des Unfalls mitgeteilt hatten, und diese den Bruch verlassen hatte, kündigte der Unternehmer allen Arbeitern. Erst müssen die Arbeiter Leben und gesunde Knochen dem Unternehmer opfern, weil ihm die Schutzvorschriften zu unbequem und zu kostspielig sind und dann werden sie noch auf die Straße geworfen, wenn sie den Unternehmer nicht herauslügen helfen. Alle Kollegen, die zum Teil schon jahrelang im Betrieb beschäftigt sind, haben ihre Entlassung erhalten. Im Sommer waren sie gut, den Unternehmer herauszuhauen. Jetzt im Winter kann man einmal ein paar Monate die Bude zumachen und die Bande zum Teufel jagen. Im Frühjahr wird dann versucht werden, gefügigere Elemente zu finden. Doch wird sich der Herr vermutlich darin täuschen. Wir werden auf dem Posten sein. Brutal lehnte der Herr auch jede Verhandlung mit dem Gauleiter ab. Die Behörden, für die Miner bisher Arbeiten geliefert hat, werden gut tun, sich bei späteren Aufträgen zu vergewissern, ob der Herr sich mittlerweile bequemt hat, den gesetzlichen und moralischen Verpflichtungen seinen Arbeitern gegenüber nachzukommen.

Schutzzoll und Bodenwucher

sind miteinander ebenso fest verbunden wie die siamesischen Zwillinge. Das „Berliner Tageblatt" bringt eine Aufstellung, mit welch enormen Gewinnen im September 1911 einzelne Güter verkauft wurden. Die Liste lautet:

Kreis Rosenberg (Westpreußen). In drei Jahren 150 000 Mark verdient hat Besitzer Eichstedt beim Verkauf seines Gutes Rasenfelde. Die 332 Hektar große Besitzung kostete jetzt 510 000 Mark, im Jahre 1908 nur 360 000 Mark.

Gnesen. Das Gut Sibirien in Größe von 45 Hektar hat Besitzer Grillus für 125 000 Mark erworben. Vor kurzem wurde die Besitzung mit 110 000 Mark bezahlt.

Sprottau. Das 666 Hektar große Rittergut Neugabel wurde im Jahre 1900 von einem Leutnant Joers für 350 000 Mark erworben und neun Jahre bewirtschaftet. Im Jahre 1909 bezahlte Landwirt Krause für das Gut 651 800 Mark und im August 1910 Landwirt Ahlbrand aus Wismar 750 000 Mark. Jetzt, genau nach einem Jahre, wurde das Gut für 820 000 Mark von einem Landwirt aus Ostpreußen erworben. An diesem Besitztum sind also innerhalb 11 Jahre nicht weniger als 470 000 Mark verdient worden.

Senftenberg (N.-L.). Das bei Petershain gelegene Rittergut Lindchen, das vor etwa einem Jahre für 180 000 Mark in den Besitz der Landbank überging, ist für 350 000 Mark an einen Herrn Braune aus Berlin verkauft worden.

Kreis Kulm. Das 700 Morgen besten Bodens große Rittergut Kosawitzna ist mit einem Verdienst von 100 000 Mark von dem deutschen Rittergutsbesitzer Rachau an den Polen Lewandowski für 475 000 Mark verkauft worden. Rachau besaß das Gut vier Jahre.

Kreis Bublitz. Das 1200 Morgen große Gut Neu-Bublitz ist für 330 000 Mark auf die Firma Mehrdorf u. Co. in Magdeburg übergegangen. Der letzte Besitzer, v. Schultz, bezahlte vor einigen Jahren für die Besitzung nur 210 000 Mark.

Allenstein. Ueber 80 000 Mark verdient hat der Besitzer des Rittergutes Tengnitten beim Verkauf. Er erhielt von dem westpreußischen Gutsbesitzer Donarski 272 000 Mark, während er seinerzeit 190 000 Mark bezahlt hatte.

Steinau (Oder). Gutsbesitzer Leuschner verkaufte sein Gut in Zechelwitz, das er vor etwa einem Jahre für 92 000 Mark erworben hatte, für 156 000 Mark an den Güteragenten Biedermann aus Posen. (!)

Kreis Neustettin. Mit einem Verdienst von beinahe 100 000 Mark innerhalb sechs Jahren veräußerte Gutsbesitzer Häger sein Gut Emilienhof in Größe von 286 Hektar für 330 000 Mark.

Pr.-Friedland. Gutsbesitzer Wendler hat sein 1000 Morgen großes Gut Elisenhof für 435 000 Mark an den Landwirt Böttcher aus Grünlinde verkauft. Vor drei Jahren zahlte Herr Wendler für das Gut 325 000 Mark.

Dramburg (Pommern). Im vorigen Jahre kaufte ein Rittergutsbesitzer das im hiesigen Kreise gelegene Gut Teschendorf für 625 000 Mark. Jetzt ist es für den Preis von 1 250 000 Mark weiter verkauft worden. (!!) Diese Preissteigerung ist die größte, die in den letzten Jahren hier auf dem Gütermarkte beobachtet wurde.

Gollub. Frau Salewski aus Danzig hat ihr Mühlengut Frankenstein für 195 000 Mark an den Gutsverwalter Kosse aus Bromberg verkauft. Frau Salewski hatte das Gut erst in diesem Jahre für 181 000 Mark erworben.

Labiau. Mit einem Verdienst von 86 000 Mark verkaufte Gutsbesitzer Tätz-Wißwitten sein Gut an den Landwirt Riedel. Die 600 Morgen große Besitzung brachte dieser Tage 235 000 Mark, während T. vor sieben Jahren 149 000 Mark bezahlt hatte.

Gumbinnen. In zwei Jahren über 30 000 Mark an seinem Gute verdient hat Besitzer Schaumann auf Antszirgen. Größe 585 Morgen. Er bezahlte 1909 162 500 Mark und erhielt jetzt 195 000 Mark.

Allenstein. Auf das Doppelte stieg in drei Jahren der Wert des Gutes Wesselowen. Es erzielte dieser Tage beim Verkauf 65 000 Mark, früher kostete es 32 000 Mark. (!)

Warin. Dieser Tage ging das Gut Risbill bei Warin in Mecklenburg in andre Hände über. Der neue Besitzer hat für die Besitzung 450 000 Mark bezahlt. Der bisherige Besitzer hatte es seinerzeit für 255 000 Mark gekauft! Daß der neue Besitzer auch bei dem gezahlten Preise auf seine Rechnung zu kommen hofft, geht daraus hervor, daß er nicht etwa ein Neuling in der Landwirtschaft ist, sondern bereits zwei andre große Güter in Mecklenburg (Hasenwinkel und Bibow) besitzt und bewirtschaftet.

Der Hunger des Volkes trägt den Bodenmonopolisten goldene Prozente!

Sind dann infolge der durch die Zollpolitik hervorgerufenen Spekulation die Produktionskosten zu hoch geworden, d. h. vermag der neue Besitzer die Zinsen für den wahnsinnig hohen Kaufpreis nicht herauszuwirtschaften, dann halten die Agrarier nicht Einkehr bei sich selbst, sondern sie schreien nach höheren Zöllen, „damit die Landwirtschaft anständige Preise für ihre Produkte bekommt". Das Volk mag hungern bei dieser Schraube ohne Ende!

Bericht des internationalen Steinarbeitersekretariats

pro 3. Quartal 1911.

(Der deutsche Bericht ist weggelassen.)

Oesterreich. Der Bericht für das dritte Quartal zeigt uns keine günstigen Resultate. Den Aussperrungskampf der 837 Kollegen in Schlesien mußten wir nach 14wöchiger Dauer ohne jeden Erfolg wegen vorgerückter Saison bedingungslos abbrechen. Nur dem Umstande, daß einige Unternehmer von ihrer ersten Gewalttat gerade genug hatten, ist es zuzuschreiben, daß die zweite Aussperrung unterblieben ist. Infolge der massenhaften Abreise der Arbeiter aus dem Aussperrungsgebiet, es waren über 500 Ausgesperrte abgereist, konnten die Unternehmer ihren verschlechterten Tarif nicht vollständig in die Tat umsetzen, da sie fürchten mußten, daß ihnen noch die wenigen Arbeitskräfte bei einer Verschlechterung des Lohnes abreisen werden; daher blieben die Arbeiter zum großen Teil von einer Lohnreduzierung verschont. Die heuer nicht gerade günstige Konjunktur, besonders in der Granitindustrie, hat zur Folge, daß wir in den meisten Orten schon im dritten Quartal mit dem Mitgliederbestand konstant bleiben. In einigen Orten ist sogar schon ein Rückgang bei der Mitgliederzahl zu verzeichnen. Die schlechte Konjunktur ist auf die Konkurrenz des Kunststeins, aber auch auf den Mangel an größeren Staatsbauten zurückzuführen. Der im Jahre 1901 vom Parlament beschlossene Bau der Wasserstraßen, wodurch die Granitindustrie vollauf Beschäftigung hätte, wird immer noch nicht in Angriff genommen.

Belgien. Gegenwärtig zählt der Verband 11 200 Mitglieder. In Bioul, Distrikt Namur, wurde eine neue Sektion gebildet. Für 32 Steinarbeiter in den Brüchen Levant wurden die Löhne um 2 Cts. pro Stunde erhöht, und zwar ohne Streik. Für 7 Mitglieder in Eccaussines ebensoviel durch 14tägigen Streik. In andern Steinbrüchen in Eccaussines wurden die Stundenlöhne auf 57 bis 60 Cts. festgesetzt, ohne ernste Bewegung. Lohnreduktionen konnten nach neuntägigem Streik in Quenast verhindert wreden. In Peumont wurde 10 Tage mit Erfolg gestreikt auf Grund von zwei Maßregelungen. In Ligny mußte 15 Tage die Arbeit niedergelegt werden, um die Respektierung des Vertrags zu erreichen.

Schweiz. Neuaufnahmen waren in diesem Quartal über 150 zu verzeichnen. Selbst im Tessin, wo doch vorher eine so große Gegenagitation eingeleitet worden war, konnten wieder Neuaufnahmen vorgenommen werden. Sektionen wurden daselbst zwei neue gegründet und konnten die eingeschlafenen Sektionen wieder besser belebt werden. Der Verkehr mit dem Tessin ist seit Abschaffung des dortigen Gausekretariats ein bedeutend besserer geworden. Die Geschäftskonjunktur war in der Sand- und Kalksteinbranche eine gute, in der Granitbranche jedoch immer noch im Rückgang begriffen. Streiks fanden vier statt, an denen 203 Mitglieder beteiligt waren. Dauer derselben 27 Tage, doch ist die größte Bewegung, die Aussperrung in St. Margrethen, erst Ende des Quartals erfolgt. In einem Kampfe wurden 5 Prozent Lohnerhöhung errungen, in einem andern die Akkordarbeit abgeschafft und Mindestlöhne festgesetzt, ein dritter mußte vorgenommen werden, um den Unternehmer zu zwingen, 14täglich Zahltag zu machen.

Ungarn. Im dritten Quartal fand die Aussperrung der Budapester und Süttöer Steinarbeiter, an der 700 Kollegen beteiligt waren, ihre Beendigung. Die Süttöer Aussperrung dauerte insgesamt drei Wochen und endete zum größten Aerger der Arbeitgeber mit einem Fiasko für diese. Die Aussperrung erfolgte, weil die dortigen Steinbrecher, 120 an der Zahl, in den Streik traten. Trotz des großen Kampfes wurde eine rege Agitation entfaltet. Es wurden in Budapest 16 Versammlungen, 14 Werkstättekonferenzen und 8 Vertrauensmännersitzungen abgehalten. In den verschiedenen Teilen des Landes wurden 21 Versammlungen abgehalten.

Korrespondenzen

Berlin. Jüngers u. Schille, die gesperrten Zwischenunternehmer Berlins, verlegen ihre berufsschädigende Tätigkeit auch bisweilen nach außerhalb. Augenblicklich können einige Kollegen ein Lied von ihr singen, die durch ein Arbeitsangebot im Essener Arbeitsmarkt nach Landsberg a. W. gelockt wurden. Klugerweise benutzten die Herren J. u. Sch. eine Deckadresse, da sie sonst wohl infolge der allwöchentlich erschienenen Warnung im „Steinarbeiter" keine geeigneten Leute gefunden hätte. Als Beauftragter der gesperrten Firma fungiert ein sogenannter Steinmetzpolier M. Schäfer. Hauptunternehmer ist die Betonbaugesellschaft Rogazinski-Bromberg. Letztere zahlt an Jüngers b. Schille pro Quadratmeter Beton zu scharrieren 80 Pfg. Die Gesellen erhielten den fürstlichen Lohn von 45 Pfg. pro Quadratmeter. Aller weitere kann man sich denken. Die Hackerei begann. 10 bis 15 Quadratmeter pro Tag mußten fallen, um auch nur einen halbwegen Tagelohn zu verdienen. Wie die Arbeit aussah, war nebensächlich — da kam die Bauverwaltung dazwischen und verweigerte die Abnahme derselben, gleichzeitig die steinmetzmäßige Herstellung derselben verlangend. Natürlich weigerten sich die Kollegen, die Arbeit umsonst noch einmal zu machen und verzichteten lieber auf weitere Beschäftigung. Wenn ein Fall geeignet ist, die Schädlichkeit des Zwischenunternehmertums zu zeigen, so ist es dieser. Wie ist es nur möglich, die steinmetzmäßige Bearbeitung von Kunststein so billig zu übernehmen? Müßte doch der Geselle allein noch einmal soviel erhalten als der Unternehmer fordert, wenn die Arbeit korrekt ausgeführt werden soll. Kann man sich eine größere Schmutzkonkurrenz denken? Doch auch unsre Kollegen sind nicht von Schuld freizusprechen. Wenn sie auch nur im geringen Maße am Ertrage der „edlen Steinmetzkunst" beteiligt sind, soviel sollte ihnen ihr Beruf doch ans Herz gewachsen sein, daß sie ihn nicht auf diese schändliche Weise ruinieren helfen. Blieben die schädlichen Wirkungen der Pfuscherei nur auf die Kunststeinbranche beschränkt, so brauchten wir uns ja nicht so sehr zu grämen, aber in letzter Linie ist es ja die Natursteinindustrie, die den Schaden davon hat. Fällt es ihr doch schon unter normalen Verhältnissen schwer, gegen die zunehmende Konkurrenz des Kunststeins aufzukommen. — Mögen Unternehmer in ihrer Verblendung handeln nach dem Grundsatz: „Nach uns die Sintflut", mögen Architekten in sträflicher Nachsicht allen möglichen Schund durchgehen lassen, wir wollen uns freihalten von allen berufsschädigenden Handlungen. Deshalb beachte jeder die vom Verband verhängten Sperren, insonderheit die der Zwischenfirma Jüngers u. Schille in Berlin.

Eschershausen. Die Firma Rüsthardt in Hildesheim hat hier ihre sämtlichen Steinmetzen entlassen. Auch die Brucharbeiter sind meistens entlassen, zirka 19 Mann. Ob in nächster Zeit wieder welche eingestellt werden, müssen wir erst abwarten, da Herr Rüsthardt ganz unberechenbar in seinen Maßnahmen ist. Bekanntlich hat ja Herr Rüsthardt den Tarif, den unsre Kollegen vor 1½ Jahren eingereicht hatten, erst im Herbst d. J. bewilligt. Es schien ja, als wenn Rüsthardt Frieden mit seinen Arbeitern halten wollte. Aber darin haben wir uns bei ihm verrechnet, denn Streitigkeiten wegen Nichtinnehaltung des Tarifs kamen in letzter Zeit sehr häufig vor. Es handelt sich bei verschiedenen Kollegen um ganz ansehnliche Beträge, um welche sie geschädigt sind. Rüsthardt kennt seine Leute. In Hildesheim kann er unsern dortigen Kollegen solches nicht bieten, die sind besser auf dem Posten und zeigen ihm die Zähne, wenn es not tut. Bei uns ist es anders, da nörgeln die Kollegen unter sich, aber wenn es heißt, mit dem Unternehmer ein ernstes Wort zu reden, dann fällt ihnen das Herz in die Hosen. Der eine will nicht und der andre kann nicht, und dadurch werden sie dann vom Unternehmer geschoren. — Die Firma Friedrich Schmidt in Berlin will sich auch mal gern als tonangebend zeigen. Dieselbe hat in Kreiensen 8—10 Kollegen beschäftigt. Vor einigen Tagen sind auch dort unsre Kollegen entlassen worden, trotzdem er noch eine Menge Arbeit zu liefern hat. Die Nichtorganisierten, darunter einige Spitzmaurer, hat Herr Schmidt behalten. Jetzt will er seine Aufträge hier auf dem Bahnhofe, auf dem Platze des Herrn Dröger aus Hildesheim, anfertigen lassen. Jedenfalls hofft er, seine Arbeiten billiger fertig zu kriegen wie in Kreiensen. Es ist deshalb Pflicht unsrer Kollegen, auf dem Posten zu sein, denn bekanntlich hat Herr Dröger unsern Tarif noch nicht anerkannt. Wir glauben ganz bestimmt, daß auch hier Herr Rüsthardt dazwischen steckt, denn der weiß, wie es gemacht werden muß, um die Arbeiter mürbe zu kriegen.

Hardheim. Einen eigenartigen Verlauf hatte eine Besprechung, welche von dem christlichen Keram- und Steinarbeiterverband zum 17. Dezember einberufen war. Der Vorsitzende der Versammlung war der Kaplan von Bretzingen. Das Referat übernahm der Schneidergeselle Herr Hippler aus Hardheim. Aus den Ausführungen des Referenten war zu entnehmen, daß die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft schon seit Jahren bemüht sei, Bezirkstarife abzuschließen. Aber welche Organisation der Arbeiterschaft diese Bezirkstarife abgeschlossen hat, verschwieg er wohlweislich. Weiter kam Herr Hippler auch auf die Bundesratsverordnung der Steinarbeiter zu sprechen, welche auf Drängen des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands schon seit 1902 errungen wurde. Am Schlusse seiner Ausführungen angelangt, mußte er natürlich die Arbeiterschaft von Bretzingen noch auffordern, sich ja von den sozialdemokratischen Gewerkschaftlern nicht aufhetzen zu lassen. In der Pause nach dem Referat wurde von einem Anwesenden der Ruf laut: Hinaus mit den Roten!, worauf wir dann, drei Mann stark, von Hippler aufgefordert wurden, das Lokal zu verlassen. Traurig ist es, daß eine Versammlung von 40 Personen vor drei Sozialdemokraten Angst hat. Ob nun daran Herr Hippler oder der Herr Kaplan die Schuld trägt, bleibt sich ganz egal. Hätte aber einer von uns das Wort erhalten, so wären die Ausführungen des Herrn Hippler widerlegt worden. Hätte Herr Hippler das Herz gehabt, bei der am 19. Dezember von uns einberufenen öffentlichen Versammlung zu erscheinen, er wäre wahrlich nicht hinausgewiesen worden, dann hätte er auch seinen christlichen Standpunkt den Ausführungen unsres Referenten, des Landtagsabgeordneten H. Meier aus Heidelberg, ruhig entgegenstellen können. Scharf wurde noch einmal mit den Personen ins Gericht gegangen, welche daran die Schuld tragen, daß jetzt drei Kollegen von uns ins Gefängnis wandern sollen. Die Betreffenden haben sich eine Strafe wegen Hausfriedensbruchs erwirkt in einer Versammlung, welche von den Christen einberufen und geleitet wurde. Kollegen von Hardheim, Höpfingen, Bretzingen und Umgebung, einigt euch, tretet ein in den Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands (Sitz Leipzig), denn nur in diesem werden die Interessen der Steinarbeiter gewahrt und mit vollem Recht vertreten.

— Betreffs des Artikels vom 23. Dezember, Jahrgang 1911, von der Firma Zeller in Miltenberg eingesandt, möchten die Kollegen der Hardheimer Zahlstelle nochmals darauf zurückkommen. Die Firma Zeller führte in ihrem Artikel an, daß die Konsolen weit über Tarif bezahlt seien, was eben unwahr ist. Bei der Firma Holzmann in Hardheim wird aus verschiedenen Brüchen Material verarbeitet. Die Konsolen wurden von Höpfinger Material gefertigt. Die Kollegen haben 31 Stunden daran gearbeitet und bekamen dafür nur 18 Mk. Konsolen, welche von Hardheimer Material gemacht wurden, welches härter ist als das Höpfinger, lohnten bloß 22 Mk. Die Kollegen arbeiteten 40 Stunden daran. Die Kollegen der Hardheimer Zahlstelle möchten hier noch erwähnen, daß zwischen der Bearbeitungsweise bei Holzmann und Zeller ein großer Unterschied ist. Würde die Firma Zeller die Konsolen so sauber gearbeitet verlangen wie die Firma Holzmann, dann müßte sie weit mehr dafür bezahlen als 18 Mk. Der Tarif ist so gestellt, daß ein jeder stramm arbeiten muß, wenn er etwas verdienen will. Zum Schluß möchten wir noch erwähnen, da eben mehrere hiesige Kollegen außer Arbeit sind, daß fremde Kollegen, bevor sie hier um Arbeit zusprechen, sich beim Vorstand melden.

Hausberge. In Nr. 49 Ihres Blattes sind zwei Artikel über unsre Firma enthalten, die wir nicht unwidersprochen lassen können, und bitten wir Sie, unter Bezugnahme auf den betreffenden Paragraphen des Reichspreßgesetzes, nachstehende Berichtigung vornehmen zu wollen:

Es wird von unsrer Firma niemals beabsichtigt, die hiesigen Gesellen „unmöglich" zu machen, und ist es unwahr, daß die aus Böhmen hier eingetroffenen Steinmetzen die Arbeit nicht angenommen hätten. Dieselben haben — mehrere Monate hier und in einem andern unsrer Betriebe gearbeitet, ebenso wie es nicht den Tatsachen entspricht, daß die fremden Gesellen

ihr Kostgeld nicht haben verdienen können. Diese Behauptung kann sich nur auf einige durchreisende Steinmetzen beziehen, die sich hier nur wenige Tage aufgehalten haben. — Was die Leute aus Italien betrifft, so waren diese von unsrer Firma ¼ Jahr vor ihrer Ankunft hier allerdings durch die Deutsche Feldarbeiter-Zentrale angeworben. Infolge des Krieges gegen die Türkei aber verzögerte sich die Reise und die 6 — nicht 8 — Steinmetzen kamen alsdann überraschend für unsre Firma nach hier. Wir hätten dieselben nichtsdestoweniger noch eingestellt, wenn dieselben nicht Marmorarbeiter und so für unsern groben Sandstein nicht unbrauchbar gewesen wären. Dem betreffenden Einsender sei auf seinen Freudenerguß bemerkt, daß nicht unsre Firma die Reise zu bezahlen hat, sondern die Vermittlung, welche uns die Steinmetzen zu spät zugesandt und eine falsche Auswahl getroffen hat. Im übrigen dürfen unsre Steinmetzen auf ein sehr gutes Jahr zurückblicken und werden sich jedenfalls besser gestanden haben, als die meisten ihrer Kollegen.

Hochachtungsvoll!

Michelsohn u. Co.

In der Berichtigung kommt somit ohne weiteres zum Ausdruck, daß die Firma Michelsohn u. Co. **mit Vorliebe ausländische Arbeiter beschäftigt** (Böhmen und Italiener). Die deutschen Steinindustriellen wettern in scharfer Weise über die ausländische Einfuhr, aber ausländische Arbeiter stellen sie trotzdem sehr gern ein. Ob 6 oder 8 Steinmetzen aus Italien kamen, ist für die Sachlage vollständig gleichgültig. Wir hatten ebenfalls behauptet, daß die Firma in der Auslandspresse nach Steinarbeitern inseriert. Warum wurde diese unsre Meldung nicht entkräftigt? Ferner wäre es interessant gewesen zu erfahren, ob die Firma das wilde Akkordsystem auch weiterhin beibehalten will.

Kappelrodeck. Wie wir bereits berichteten, ist es in einem Steinhauerbetrieb in Kappelrodeck zu Differenzen wegen Nichteinhaltung des dort bestehenden Tarifs gekommen. Der betreffende Unternehmer hält es nun für angebracht, in Nr. 285 der „Badischen Nachrichten" eine bandwurmartige Erklärung in der Sache abzugeben. Festgestellt sei, daß es sich nicht um Lohnforderungen der Arbeiter handelt, sondern vom Unternehmer nur gefordert wurde, daß er nach dem von ihm unterschriebenen Tarif bezahlt. Bisher wurde in dem Betrieb Stundenlohn bezahlt. Plötzlich sollte Akkord eingeführt werden. Dagegen ist nichts einzuwenden. Der Akkordpreis entsprach aber nicht den Sätzen des bestehenden Tarifvertrages. Deshalb wurde die Arbeit verweigert. Trotz der Länge seiner Erklärung wagt Herr Eid nicht ein einziges Mal die Behauptung aufzustellen, daß er nach Tarif berechnet habe. Er begnügt sich mit der Behauptung, daß nach Aussagen von Sachverständigen bei den von Herrn Eid festgesetzten Preisen der frühere Stundenlohn wäre erreicht worden. Darum handelt es sich nicht, sondern um die Einhaltung des Tarifpreises, wenn im Akkord gearbeitet wird. Es handelt sich um eine einfache Tatsache, über die nicht der geringste Zweifel in der Berechnung besteht. Es trifft also nicht zu, daß die Berechnung der fraglichen Arbeit eine strittige ist. Die breiten Ausführungen, die sich persönlich gegen die angeblich unzulängliche Urteilsfähigkeit des Vorsitzenden der Zahlstelle Kappelrodeck richten, schenken wir Herrn Eid. Es handelte sich bei der Besprechung nicht um die tatsächliche Berechnung der Arbeit während der Verhandlung, sondern um eine sachliche Aussprache über die mögliche Beilegung des Konfliktes. Selbstverständlich muß unser Grundsatz auch in Kappelrodeck der sein, daß einmal abgeschlossene Verträge auch eingehalten werden müssen. Und wenn das Herr Eid nicht begreift, so können wir ihn auch nicht helfen. Das ist die einfachste und unbedingteste Voraussetzung für Treu und Glauben im Verkehr, die für uns und jeden recht und billig denkenden Unternehmer maßgebend sein muß.

Kleinlaufenburg. Ein Unglücksfall, der leicht schwerere Folgen hätte haben können, trug sich am Sonntag nachmittag am Bau des Stauwerkes zu. Durch einen Kran werden mit Steinen gefüllte Kästen aus dem Flußbett auf die Höhe gehoben und dort auf Rädergestelle zum Weitertransport gestellt. Unbegreiflicherweise ist die Arbeit des Ablassens und Aufsetzens der Kästen auf die Gestelle einem einzelnen schwächlichen jugendlichen Arbeiter überlassen. Es ist dies eine Arbeit, die unbedingt zwei kräftige Männer erfordert. Wie nicht anders zu erwarten, konnte der jugendliche Arbeiter die schweren Kästen nicht allein regieren. Ein Kasten kippte um und der Inhalt entkehrte sich über das Gerüst auf die unten schaffenden Arbeiter, von denen zwei erheblich verletzt wurden. Es ist nur einem glücklichen Zufall zu danken, daß die Arbeiter nicht von größeren Stücken getroffen worden sind. Der eine der Verletzten wurde schwer am Kopf von mehreren Steinen getroffen. Außerdem wurde ihm ein Finger glatt durchgeschlagen. Wie wir hören, ist der Unfall bis heute noch nicht angemeldet worden. Das Werk dürfte der angelegentlichsten Beaufsichtigung der Behörden empfohlen werden. Auch die Ausführung von Staatsbauten ist nicht immer eine musterhafte. Auffallend ist die starke Bevorzugung italienischer Arbeiter bei dem Bau. Es ist uns nicht bekannt, ob dies Prinzip der bauausführenden Firma ist. Doch will es uns erscheinen, als wenn die Angestellten nicht immer mit der nötigen Objektivität bei Entlassungen vorgingen. Am Montag, den 18. d. M. wurde ein italienischer Vorarbeiter wegen Sittlichkeitsvergehens verhaftet. Von zwei nichtitalienischen Arbeitern, die man im Verdacht hatte, die Anzeige erstattet zu haben, wurde einer unter einem nichtigen Vorwand entlassen. Der andre zog es vor, mit Rücksicht auf die feindliche Stimmung, selber zu gehen und wurde bei Abhebung seines Lohns von dem Ingenieuraspirant Rinecker mit Ohrfeigen bedroht. Wir glauben nicht, daß dies im Auftrage der Firma geschehen ist, müssen aber verlangen, daß sich die Firma nicht indirekt der Unterstützung oder Verschleierung strafwürdiger Vergehen durch Duldung solcher Maßreglungen schuldig macht und nichtitalienische Arbeiter offensichtlich vernachlässigt.

Münnerstadt (Unterfranken). Die Versammlung am 13. Dezember war gut besucht. Zum 1. Punkt hielt Kollege Lohse einen ausführlichen Vortrag über die Lage im Muschelkalkbetrieb. Insbesondere betonte er den schlechten Geschäftsgang, der sich seit kurzer Zeit sehr bemerkbar macht. Sodann verlas Lohse die ihm von der Firma zugeschickte Antwort betreffs Abzugs der 15 Prozent auf den Karlsberger Stein. Dann wurde besonders das schlechte Ausputzen der Buden kritisiert. Es ist unerhört, wie der Schutt in den Buden liegt. Es wurde von den Kollegen der Antrag gestellt, daß hier unbedingt Abhilfe geschaffen werden muß. Der Gewerbeinspektor war hier, aber trotz seines Warnens hilfts nicht. Ein in nicht ganz nüchternem Zustand befindlicher Kollege stellte die Behauptung auf (bei der Firma Vetter nicht beschäftigt), daß er trotz des Blaumachens bei seinem Meister (Schmitt) mehr verdient, als wenn er beim Verbande wäre. Das ist ja ein netter Kauz.

Nürnberg. Bericht von der am 9. Dezember stattgefundenen Versammlung. Den 1. Punkt, Wahl einer Agitationskommission, erläuterte der Vorsitzende. Eine Kommission von 6 Mitgliedern wurde vorgeschlagen und auch gewählt. Dieselbe hat die Vorarbeiten zu erledigen und das Gebiet von Nürnberg und Fürth zu bearbeiten, wo Steinbrüche vorhanden bzw. neu eröffnet worden sind. Die Erläuterung des Verbandsstatuts hat die Verwaltung für notwendig erachtet, weil so viele Kollegen das Statut nicht kennen. Hierzu hat Kollege Krauß das Referat übernommen. Für die ausgesperrten Tabakarbeiter wurden 30 Mk. aus der Lokalkasse bewilligt, nebenbei werden auch noch die Bons vertrieben, welche vom Arbeitersekretariat zugesandt worden sind. Drei Kollegen von uns betrieben seit neuerer Zeit das Unterakkordwesen, weswegen dieselben zu einer Verwaltungssitzung geladen wurden und auch erschienen sind. Der Vorsitzende legte ihnen die Unannehmlichkeiten dar, die daraus entstehen. Sie müßten sich unter allen Umständen den gefaßten Beschlüssen, welche in der kombinierten Versammlung vom 26. Oktober zustande gebracht wurden, fügen. Die Ausreden der drei Unterakkordanten gingen darauf hinaus, daß sie von ihrem Machwerke nicht ablassen; sollte jedoch die Versammlung den Ausschluß aus der Organisation beantragen, so werden sie Beschwerde beim Zentralvorstand einreichen. Die Mitglieder sowie Verwaltung sind der Ansicht, daß derartig gefaßte Beschlüsse von den organisierten Kollegen hochgehalten werden müssen, es wurde deshalb der Antrag gestellt, den Ausschluß aus der Organisation zu bewerkstelligen, was auch demgemäß beschlossen wurde. Der Vorsitzende hat noch den Tag der Generalversammlung bekannt gegeben, welche auf den 14. Januar 1912, nachmittags 2 Uhr festgelegt ist.

Pilgramsreuth. Am 17. Dezember fand hier beim Gastwirt Andreas Bergmann unsre Hauptversammlung mit Neuwahl statt. Aus dieser gingen hervor: als 1. Vorstand wurde Kollege Erhardt Moll, als 2. Vorstand Kollege Karl Grieshammer, als Kassierer Kollege Johann Baumgürtel und als Schriftführer Kollege Georg Heupel gewählt. Als Revisoren wurden die Kollegen Christian Wolf und Gottfried Schimmel wiedergewählt. Für die ausgesperrten Tabakarbeiter wurden 10 Mark aus der Lokalkasse bewilligt. Einen vollständigen Sieg haben unsre Kollegen bei der diesjährigen Gemeindewahl errungen, 8 Sitze des Gemeindeausschusses sind mit überwiegender Mehrheit unsern Kollegen zugefallen. Dieses ist um so erfreulicher, da sich die Kollegen das erstemal an der Wahl beteiligten.

Randersacker a. M. Am 17. Dezember tagte bei Sig. Müller unsre Monatsversammlung, die gut besucht war. Zum 1. Punkt äußerte sich der Vorsitzende über die gegenwärtige Situation in den Steinbrüchen, hauptsächlich über die Tarifeinhaltung durch die Unternehmer. Immer und immer finden sie Punkte, welche sie den Kollegen abstreiten wollen. Den Kollegen wurde klargelegt, strenge nach den Positionen des Tarifs bezahlt zu verlangen. Auch kam zur Debatte, daß auf verschiedenen Werkplätzen Werkstücke, welche nach Tarif einigermaßen gut sind, im Tagelohn angefertigt werden. Dies wurde scharf gerügt. Der 2. Punkt: Neuwahl, ergab folgendes Resultat: Gewählt wurde als 1. Vorsitzender Wilhelm Mühleath, als Kassierer Sebastian Brückner, als Schriftführer Viktor Stumpf, als Unterkassierer Franz Kuhn, als Beisitzer Kaspar Röder II, als Revisoren Ludwig Grübel und Friedrich Wagner. Als Kartelldelegierter wurde Franz Schneider und zur Gaukommission Johann Coradi und Joseph Sedelmayer gewählt. Da in nächster Zeit wieder Rechenstunden abgehalten werden, so ist es auch Pflicht der Kollegen, dieselben zu besuchen.

Was verdankt das Volk

den bürgerlichen Parteien?

Die Steigerung der Heeres- und Flottenlasten.
Das Anwachsen der Reichsschulden.
Das Wachstum der Kriegsgefahr.
Die Getreidezölle und den Wuchertarif mit ihren Folgen, die Hungersnot.
Die Verteuerung des Bieres.
Die Verteuerung des Branntweins und des Tabaks.
Den Fortbestand der Schnapsliebesgaben.
Die Zigarettensteuer.
Die Fahrkartensteuer und viele ähnliche „Wohltaten".
In sozialpolitischen Fragen hat der schwarz-blaue Block völlig versagt. Die Reichsversicherungsordnung öffnet der Bureaukratie Tür und Tor.
Für die Durchführung der Bundesratsverordnung zum Schutze der Steinarbeiter ist nicht ein einziger bürgerlicher Abgeordneter eingetreten. Nur die Sozialdemokratie hat die Wünsche der Steinarbeiter wirkungsvoll vertreten.

Kollegen! Wählt deshalb bei der Reichstagswahl nur die Kandidaten der Sozialdemokratie.

Regensburg. Am 18. Dezember tagte im Gasthaus zum blauen Hecht unsere Generalversammlung. Der Vorsitzende Bräu eröffnete die Versammlung und begrüßte die Anwesenden. Im Kassenwesen herrscht hier Ordnung, wie aus den Gutachten der Revisoren hervorgeht. Der Vorsitzende dankte den Ausschußmitgliedern und ersuchte sie, auch zukünftig treu ihre Pflicht zu erfüllen. Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Augustin Bräu; 2. Vorsitzender Joseph Jungwirth; Kassierer Georg Koch; Schriftführer Georg Müller; Revisoren Moser und Riegl.

Reichenbach (Odenwald). Wir können nicht umhin, einige beschämende Gesichtspunkte der Zahlstelle der Oeffentlichkeit preisgeben zu müssen. Vor zirka sechs Jahren wurde die hiesige Zahlstelle gegründet. Die Entwicklung derselben war eine ausgezeichnete. Dieses Vorwärtsstreben der Arbeiter hielt jedoch nicht lange an. Die Geldprotzen des Odenwalds (Kreutzer und Böhringer) verstanden es sehr gut, den Organisationsgedanken einzudämmen, so daß unsre Mitgliederzahl von 280 auf 84 zurückging. Aber all diese Geschehnisse konnten uns keine Veranlassung geben, den Kopf hängen zu lassen. Mit frischem Mut und guter Zuversicht wurde die Agitation immer weiter betrieben. Dann kam die Aussperrung im Jahre 1909, verursacht durch die Firma Deutsche Steinindustrie Aktiengesellschaft. Auch dieser Kampf wurde nach 11wöchiger Dauer glatt überwunden und für die Kollegen manches herausgeholt. Nun kam für uns die sehr günstige Zeit der Agitation. Mit der größten Energie wurde versucht, die indifferenten Arbeiter von dem Wert der Steinarbeiterorganisation zu überzeugen. Es gelang uns (bis auf einige Widerspenstige, welche ja immer das liebe Kind bei dem Unternehmertum spielen wollen), fast sämtliche Steinmetzen, Schleifer (und durch die Lösung der Hilfsarbeiterfrage) auch die Hilfsarbeiter zu organisieren, so daß unsre Zahlstelle wieder die stattliche Zahl von 174 Mitgliedern aufzuweisen hatte. Aber unsrer Erfolge sollten wir uns nicht allzu lange freuen. Die Mängel, welche der mit der Firma Deutsche Steinindustrie Aktiengesellschaft im Jahre 1909 abgeschlossene Tarif aufwies, gaben uns die Veranlassung, mit der Firma diese Unrichtigkeiten abzuändern, mit dem Bemerken, daß auch für die Besserstellung der Hilfsarbeiter etwas geschaffen werden müsse. Dies schlug aber dem Faß den Boden ein und die Firma warf ab 1. Januar 1911 111 Kollegen auf das Straßenpflaster. Mit wahrem Heldenmut wurde unserseits der Kampf geführt, bis durch die Hintertreppenpolitik der Unternehmer der Kampf am 26. Juni als aufgehoben betrachtet wurde. Die Wiedereinstellung der Arbeiter war eine äußerst mangelhafte. Aber wo die Interessen für das Vorwärtsstreben der Arbeiterschaft verschwinden, da kann der Unternehmer schalten und walten wie er will. Hat doch Herr Römer erklärt, zuerst die Ausgesperrten wieder einstellen zu wollen, ehe der Bedarf an Arbeitskräften durch andre Leute gedeckt werde. Aber rumgedreht ist auch gefahren. Durch den schlechten Ausgang des Kampfes wurden unsre ehemaligen Kollegen organisationsmüde und kehrten uns den Rücken. Nun, ihr ehemaligen Kampfesgenossen, wenn ihr denkt, für die Zukunft besser fahren zu können ohne Organisation, so macht nur ruhig so weiter. Es wird die Zeit kommen, wo der Wind von der andern Seite weht, und ihr steht dann nackt und entblößt ohne Steinarbeiterverband da. Die erste Pflicht ist dann die, daß ihr eure Rechte erst wieder unter schwierigen Verhältnissen erkaufen müßt. Seht ihr nicht, wie eure andern Klassengenossen dem Ziel der Freiheit und der Erlösung immer näher rücken. Wenn ihr es auch nicht glauben wollt, die Zukunft wird euch schon die Augen öffnen. Unsre Zahlstelle zählt immer noch ein tapferes Häuflein Mitglieder, die übrigen haben uns den Rücken gekehrt. Aber das Heuchlerische an der ganzen Sache ist, daß immer noch die ehemaligen Kollegen mit beiden Händen nach der Fachzeitung, dem „Steinarbeiter" greifen, um ja nicht den Schein zu erwecken, daß sie jetzt als „Ehrenmitglieder" zu betrachten sind. Noch nicht einmal ein einziger hat so viel Mut und Charakter besessen, sich bei der Ortsverwaltung abzumelden. Nun, ihr wandernden Kollegen, merkt euch dies, daß in dem Betriebe der Firma Deutsche Steinindustrie Aktiengesellschaft zu Reichenbach im Odenwald die Organisation teilweise zertrümmert ist. Keinen Groschen mehr bezahlen, aber immer noch mit dreinreden, so lautet dort die Parole. Ist es doch schon etliche Male vorgekommen, daß reisende Kollegen auf den Werkplätzen der Firma um ein Platzgeschenk angehalten haben und wieder mit leerer Tasche abziehen mußten. Vielmehr wurde den Kollegen von einem gewissen Steinmetzen F. empfohlen, sich zu dem Ortskassierer zu begeben und sich dort 75 Pfg. Platzgeschenk abzuholen. Wir geben recht gern. Aber ihr, die ihr Nichtzahler seid, habt über die Verbandskasse auch kein Wort mehr mitzureden. Also die Augen auf vor solchen Arbeitsbrüdern. Aber ihr, Kollegen, die ihr noch so fest zu dem Verband der Steinarbeiter steht, laßt euch in eurem Vorwärtsstreben nicht irre machen, sondern haltet fest zu demjenigen Faktor, der euch eine bessere Lebensstellung bringen soll und auch bringen wird.

Seussen. Recht unliebsam geht es hier zu. Da ein jeder weiß, daß im Winter die Bauarbeit ziemlich eingestellt ist, so ist es auch logisch, daß die Granitarbeiter nicht vollauf beschäftigt werden können. Da aber jetzt im Marmorwerk mit Hochdruck gearbeitet wird, so sollte man denken, daß die Granitarbeiter, die im Sommer sehr gesucht waren, auch jetzt wieder in Marmor beschäftigt werden könnten. Aber weit gefehlt, denn der Mensch denkt und Herr Goller lenkt. Herr Goller ist jetzt im Winter der Meinung, daß die Granitarbeiter nicht geschult sind, um Marmorarbeiten ausführen zu können. Er stellt lieber fremde Arbeiter ein, weshalb er auch in der „Bayrischen Zeitung" zweimal nach Marmorarbeitern inserierte. Mit welchem Erfolg, muß abgewartet werden. Wenn Herr Goller auch der Meinung ist, die hiesige Arbeiterschaft ist auf Marmor nicht geschult, so kann er uns nicht den Beweis bringen, daß alle bis jetzt zugereisten fremden Marmorarbeiter mehr leisten als die hiesigen Granitarbeiter, obwohl erstere einen weit höheren Stundenlohn haben. Sollte sich die verehrliche Direktion auch auf den Standpunkt des Herrn Goller stellen und keinen Ausgleich schaffen, so wird die hiesige Arbeiterschaft auch zu gegebener Zeit sich zu helfen wissen.

Zwicken. Die Monatsversammlung vom 16. Dezember nahm zunächst den Bericht der Tarifkommission entgegen. In zwei Sitzungen hatte dieselbe mit den Meistern verhandelt, und nach längerer Aussprache wurde dann unsre Forderung bewilligt. Vom 1. Januar 1912 ab wird bis zum Inkrafttreten des Normaltarifs **ein Zuschlag von 10 Prozent auf unsern Tarif bezahlt.** Ob der Normaltarif überhaupt noch zustande kommt, ist fraglich. Es kam zum Ausdruck, daß in Dresden, Pirna, Posta und Schöna an den von den Kollegen gemachten Vorschlägen für die Festsetzung des Prozentzuschlags unbedingt festgehalten werden muß. Das Sein oder Nichtsein der andern Zahlstellen hängt davon ab. In den schärfsten Worten kam der Unwille darüber zum Ausdruck, daß ein Schiedsgericht trotz wiederholter Anregung unserseits immer noch nicht entschieden hat. Es wird bestimmt verlangt, diese Angelegenheit noch bis Ende dieses Jahres zu regeln. An Stelle eines ausgeschiedenen Revisors wurde Kollege Nürnberger gewählt. Mit dem neuen Statut des Gewerkschaftskartells erklärt sich die Versammlung einverstanden. Um dem Kassierer eine baldige glatte Abrechnung zu ermöglichn, hat jeder Kollege noch vor Jahresschluß seine Beiträge zu begleichen.

Rundschau.

Internationales. Brasilien. Am 10. November fand in Sankt Paolo der Kongreß der Steinarbeiter statt. Anwesend waren die Vertreter von fünf Sektionen. Es wurde beschlossen, für die Zukunft allen Arbeitern der Steinindustrie den Beitritt zum Verbande zu ermöglichen, also auch den Hilfsarbeitern. Indem, wie es scheint, bis heute noch keine Zentralisation vorherrscht, so wurde beschlossen, einen Zentralverband zu gründen. Immerhin sollen die bestehenden Produktivgenossenschaften separat verwaltet werden. Zu der Bildung einer eigentlichen Streikkasse kam es noch nicht und wurde beschlossen, in Notfällen „nach Möglichkeit" Unterstützungen auszuzahlen. In Krankheitsfällen soll hingegen Unterstützung verabfolgt werden. Weiter wurde beschlossen, die Produktivgenossenschaften noch mehr zu fördern und solche auch in andern Landesteilen zu gründen. Der Anschluß an das Internationale Sekretariat wurde einstimmig gutgeheißen. Gegen das bestehende Unterakkordantensystem soll scharf vorgegangen werden, Mitglieder, die sich damit befassen, werden ausgeschlossen. Das neugegründete Organ „Avante" fand leider keine große Begeisterung, weil sich die Delegierten sagten, es sei ein Parteiblatt, jedoch wurde beschlossen, ab 1. Januar 1912 ein eigenes berufliches Organ zu gründen. — Frankreich. Zu dem Bauarbeiterverbandskongreß, auf dem bekanntlich auch Steinarbeiter vertreten sind und der am 7. April 1912 in Bordeaux stattfindet, liegen einige interessante Anträge vor, die uns zeigen, daß es nur allzu richtig ist, wenn behauptet wird, daß die französischen Organisationen in das Fahrwasser der deutschen Organisationen gekommen sind. Wir wollen hier einige dieser Anträge wiedergeben: Chantilly beantragt Erhöhung des Verbandsbeitrages auf 35 Cents, Agitation für Verkürzung der Arbeitszeit, Verbot des Unterakkordantensystems. Die Sektionen vom Departement Seine beantragen ebenfalls Beitragserhöhung, Einführung einer Verbandslabel, Nomination von weiteren zwei Verbandsangestellten. Dijon beantragt, den Beitrag auf 50 Cents zu erhöhen. Die Marmorarbeiter von Cousolre beantragen Erhöhung der Streikunterstützung, Schaffung von Gausekretariaten. Andre Sektionen stellen ebenfalls noch ähnliche Anträge.

Spitzelwirtschaft in Unternehmerorganisationen. Die Unternehmervereinigungen zwingen nicht nur Fabrikanten gegen ihren Willen in Kartelle und andre Organisationen hinein, sie verfolgen außenstehende Betriebe mit den rücksichtslosesten Mitteln und ersinnen alle möglichen Maßnahmen, um die einmal in die Organisation hineingebrachten Mitglieder festzuhalten. Zu diesem Zwecke beschränkt man sich keineswegs auf gütliche Ueberredung, hohe Konventionalstrafen werden festgesetzt, die durch hinterlegte Wechsel jederzeit zur Fälligkeit gebracht werden können. Um die Befolgung von Kartellbeschlüssen genau zu kontrollieren, und jede Umgehung oder Abweichung von den Kartellbestimmungen zu bestrafen, hat jetzt die Vereinigung deutscher Porzellanfabriken die Einrichtung getroffen, jedem, der einen Verstoß gegen die Verträge unter Herbeibringung von ausreichenden Beweisen zur Anzeige bringt, eine Belohnung von 25 Prozent der verhängten Konventionalstrafe, mindestens aber 500 Mk., zu zahlen. Was würde das Unternehmertum und seine Presse wohl anstellen, wenn etwa eine Gewerkschaftsorganisation Geldprämien aussetzte, um Leute ausfindig zu machen, die gegen Beschlüsse von Gewerkschaftsorganisationen, an denen sie teilgenommen haben, verstoßen. Förmliche Spionagenetze sind von

Kartellorganisationen geschaffen worden, um Unternehmer, die ihren Betrieb außerhalb des Ringes halten wollen, wirtschaftlich zu vernichten, ergänzt wird dieses Verfahren durch die Aussetzung von Prämien für erfolgreiche Bespitzelung unter den Kartellmitgliedern. Jeder anständige Mensch wird angesichts dieser Vorgänge zu dem Urteil kommen müssen, daß es eine Schamlosigkeit des Scharfmachertums ist, bei einem derartigen Treiben von der Regierung und der Gesetzgebung das Verbot des Streikpostenstehens zur Vernichtung des Koalitionsrechts der Arbeiter zu verlangen.

Die Vereinigten Fichtelgebirgs-Granit-, Syenit- und Marmorwerke A.-G. in Wunsiedel schreiben über ihr letztes Geschäftsjahr: „Das verflossene Geschäftsjahr stand gleich dem vorjährigen noch im Zeichen des Zusammenschlusses, insbesondere der Neuordnung der Einzelbetriebe. Die dadurch gebotenen Verlegungen von Maschinen und Werkvorräten von einem Werk zum andern haben ganz erhebliche Kosten verursacht. Die Verwaltung verspricht sich aber hieraus in absehbarer Zeit einen guten Erfolg, der zum Teil in einem gesteigerten Umsatz bereits in Erscheinung getreten sei. Infolge der Neuordnung der Einzelbetriebe mußten für Neubauten, Maschinen und Einrichtungen nicht unbedeutende Aufwendungen gemacht werden, deren Vorteile erst dem nächsten Geschäftsjahr zugute kommen. Gute Resultate werden auch von der neuen Einrichtung der Steinbrüche erwartet. Für Oesterreich wurde in Asch bei Eger ein Filialwerk errichtet und im Mai dem Betrieb übergeben, so daß sich dessen Erträgnis erst im kommenden Jahre zeigen wird. Das Berliner Verkaufsbureau, das den Erwartungen nicht entsprochen hat, wurde aufgelöst. Der Bruttogewinn beträgt 1 493 852 Mk. (im Vorjahre 1 258 552 Mk.), Sonstiges erbrachte 7978 Mk. (6765 Mk.). Dagegen erforderten Generalunkosten 1 089 481 Mk., Handlungsunkosten, Steuern usw. 238 533 Mk., Kontokorrent- und Obligationszinsen 103 770 Mk., Provisionen 26 982 Mk. Zu Abschreibungen werden 160 733 Mk. (80 207 Mark) verwendet. Danach ergibt sich ein weiter vorzutragender Verlust von 132 670 Mk., durch den sich der vorjährige Verlust von 101 796 Mk. auf **234 466 Mk.** erhöht."

Daß die Leitung dieses großen Werkes nicht zielfest operierte, zeigt am besten der häufige Beamtenwechsel in den höheren Stellen. Wie man vernimmt, brachten einige Aufträge deshalb Verlust, weil die Kalkulationen nicht genau waren. Die Gesellschaft besitzt im Fichtelgebirge die ergiebigsten Granitbrüche, um so mehr ist es verwunderlich, wenn sich ein solches Defizit herausstellte. Nun ist insoweit eine Aenderung vorgenommen worden, indem beinahe sämtliche Brüche im Unterakkord vergeben wurden. Dadurch will man Aufsichtspersonal sparen, ebenfalls sollen auch die Arbeitskräfte intensiver ausgenützt werden. Es wird nicht leicht möglich sein, in den nächsten Jahren das Defizit, welches jetzt über 200 000 Mk. beträgt, herauswirtschaften zu können. Die Aktiengesellschaft muß versuchen, das heimische Material mehr als bisher auf den Markt werfen zu können. Warum wird der Kösseiner Bruch mit seinem großflammigen Material nicht besser ausgebeutet? Mit zehn bis fünfzehn Brechern kann jener Bruch absolut nicht rentabel gestaltet werden. Das ist erst möglich, wenn stets 50 bis 60 Brecher beschäftigt sind. Und das Kösseiner Material kann mit dem besten deutschen Gestein mühelos konkurrieren. Welche herrliche Granite werden in den Brüchen Kornberg und Fuchsbau gewonnen. Und zwar in jeder Dimension. Die Arbeitslöhne sind bei der Aktiengesellschaft nicht höher, als in den übrigen Betrieben des Fichtelgebirges, so daß der Einwurf hinfällig ist, daß die hohen Arbeitslöhne das Werk ruinierten.

10 bis 11 Prozent Dividende will die Bayrische Hartsteinindustrie A.-G. (Sitz Würzburg) für das verflossene Jahr verteilen. Dieses Werk floriert schon seit Jahren glänzend.

Niedergang der schlesischen Sandsteinindustrie. Schon seit einer Reihe von Jahren ist in der Sandsteinindustrie der Bunzlauer Gegend ein immer mehr sich steigernder Rückgang zu verzeichnen, es ist jedoch in keinem Jahre so schlecht mit Arbeit bestellt gewesen, als in diesem. Brüche, wie zum Beispiel Plagwitz, wo immer Beschäftigung war, auch im Winter, liegen völlig still. So ist es auch in Wenig-Rackwitz, wo nur noch ein Dutzend Steinhauer zurzeit Arbeit haben. Der einzige Bruch der Firma Zeidler und Wimmel, wo einigermaßen Arbeit ist, ist der in Warthau. Auch in dem Schillingschen Bruch daselbst ist Beschäftigung. Dagegen liegen die Brüche von Riggl und Holzmann in Deutmannsdorf seit kurzem völlig still.

Eine große Arbeitslosigkeit hat unter den Dresdner Kollegen eingesetzt. Das dortige Gewerkschaftskartell nahm am 30. November eine Arbeitslosenzählung vor. Von 387 Steinmetzen waren 39 = 10,08 Prozent arbeitslos. In andern Städten dürfte sich wohl dasselbe Resultat ergeben.

Submissionsblüten. Zum Bau eines allgemeinen Krankenhauses in Mainz wurden 211 cbm Werksteine aus Sandstein vergeben. Für diesen Auftrag forderten:

Reuschert & Comp., Straßburg (Els.)	15 645	Mk.
R. Hüttig, Miltenberg	20 190	„
Vetter & Comp.	24 050	„
Differenz	**8 405**	**Mk.**

Desgleichen wurden zu diesem Bau auch noch 60 cbm Werksteine aus Muschelkalk ausgeschrieben. Die Angebote betrugen:

C. Winterfeld, Miltenberg	8 100	Mk.
Leipold, Würzburg	10 440	„
Eckert, Rothenburg	13 020	„
Differenz	**4920**	**Mk.**

Wer von den Submittenten hat nun richtig gerechnet?

Große Differenz. Die Eisenbahndirektion Königsberg i. Pr. vergab kürzlich 100 000 Tonnen Steinschlag. Aus den Submissionsangeboten heben wir folgende Firmen hervor; es forderten per Tonne:

Weiß & Heidrich, Striegau . .	2.70	Mk.
Lumplesch, Eglischken	3.85	„
Gröhn, Jägerswalde	4.50	„

Wir können uns nicht recht ausmalen, wie solche ungeheuere Preisschwankungen überhaupt vorkommen können.

Steuerdrückerei. In Schwarzburg-Rudolstadt besitzt der Rechtsanwalt Mohr mehrere Gipssteinbrüche. Der Millionär Mohr zog aus diesen Steinbrüchen ungeheure Gewinne. Sie brachten ihm bei weitem mehr ein als wie seine Anwaltspraxis. Aber der „Sucher des Rechts" trieb schon seit Jahren Steuerhinterziehung. Der Staat kam diesem Betrug auf die Spur. Vor dem Landgericht in Rudolstadt wurde nun in der vorigen Woche Mohr verurteilt, **95 000** (Fünfundneunzigtausend) Mark Steuern nachzubezahlen. Der Verurteilte war natürlich ein großer Patriot. Der Prozeß hat selbst in bürgerlichen Kreisen ungeheures Aufsehen erregt, den Spießern ist die Sache wegen der bevorstehenden Reichstagswahl sehr fatal. — Die Arbeiter bei Mohr können Steuerdrückereien nicht begehen, der Staat ist leicht in der Lage, nachweisen zu können, daß die Gipssteinbrucharbeiter den „horenden" Jahreslohn von etwa 800 Mark erzielen.

Ein Veteran des Berufs ist der bei der Firma Rühler in Göppingen beschäftigte Kollege Andreas Ayerle. Derselbe feiert am 2. Januar seinen 75. Geburtstag und ist netto 61 Jahre im Beruf tätig. Trotz seines hohen Alters eilt er noch in voller Rüstigkeit jeden Tag der Arbeitsstätte zu und übertrifft dabei noch manchen jüngeren Kollegen. Kollege Ayerle hat auch das Glück, die monatliche Altersrente von 16 Mk. beziehen zu können, mit dieser kann er aber natürlich nicht privatisieren. **Wir Steinarbeiter gratulieren diesem Jubilar aufs herzlichste.**

Steinarbeiter als Richter. Bei der diesjährigen Auslosung der Schöffen für das Schöffengericht Mannheim wurden auch unsre beiden Kollegen Wilhelm Käfer und Leonhard Ewald als Schöffen ausgelost.

Zu einem großen Krach kam es im Verband der westdeutschen Steinbruchsbesitzer. Dieser Verband hielt am 13. Dezember in Köln eine Sitzung ab. Wegen der Frachttariffrage der Steinbruchserzeugnisse kam es zu lebhaften Kontroversen. Der Vorstand legte sein Amt nieder, er ließ sich aber in einer späteren Sitzung wieder wählen. Wie nun berichtet wird, herrsche unter den Verbandsmitgliedern wieder die vollste (!) Harmonie. Der Standpunkt des genannten Verbandes in der Frachttariffrage hat in den Kreisen der übrigen Steinindustriellen große Mißstimmung hervorgerufen. Sicherlich ist aber die Verbrüderung dann eine endgültige, wenn sich der Westdeutsche Verband der Steinbruchsbesitzer mit dem Gesuche der Arbeiter beschäftigen wird, daß die Löhne einheitlich geregelt werden möchten.

Ein neuer Syenitbruch soll in der Nähe von Großbiberau und Wersau im Odenwald eröffnet werden. Der Odenwaldsyenit ist ein sehr begehrtes Rohmaterial in der Monumentalindustrie. Wie man vernimmt, haben in den beiden Orten schon mehrere Firmen Geländeankäufe gemacht.

Christliche Rache. Zwei Mitglieder des christlichen Bergarbeiterverbandes wurden vom Schöffengericht in Bochum zu je einer Woche Gefängnis verurteilt, weil sie ihrer christlichen Nächstenliebe gar zu deutlichen Ausdruck gegeben hatten. Die beiden Christen hatten es nicht verschmerzen können, daß einer ihrer Verbandskameraden zum Deutschen Bergarbeiterverband übergetreten war. Sie wurden sich deshalb einig, den „Abtrünnigen gelegentlich gehörig „abzugreifen". Eines Tages ekelten sie den zu den „Roten" Uebergegangenen auf der Straße an. Dieser versuchte ihnen mit einer kurzen Antwort aus dem Wege zu gehen. Darauf stürmten die Christen auf ihn ein, schlugen ihn zu Boden und verfolgten ihn, als er seiner Wohnung zueilte, bis in das Haus, dort einen tumultuarischen Auftritt machend. Der Aufforderung des Ueberfallenen, sein Haus zu verlassen, leisteten sie keine Folge. Dieser Banditenstreich wurde vom Gericht, wie eingangs erwähnt, mit einer Woche Gefängnis als gesühnt betrachtet.

Dringt auf Einhaltung der Bundesratsverordnung!

Bei der jetzigen naßkalten Witterung ist es Pflicht der Kollegen, daß sie auf die Durchführung der Bundesratsverordnung dringen. In den meisten Steinbrüchen und Werkstellen sind geradezu miserable Unterkunftsräume vorhanden, die nicht einmal geheizt werden können. Die Unterkunftsräume sind laut § 1 täglich zu reinigen.

Nach § 4 haben die Steinhauer, Schrottschläger, Kleinschläger, Klarschläger und Pflastersteinkipper, um vor den Unbilden der Witterung geschützt zu sein, Schutzdächer zu verlangen. Diese Bestimmung wird von den Unternehmern am meisten vernachlässigt.

Wo Mißstände über die Durchführung der Bundesratsverordnung bestehen, ist die Gewerbeinspektion in Kenntnis zu setzen.

„Rote Solidarität". Der gewesene Zentrumsabgeordnete Gerstenberger schreibt in heuchlerischer Weise in seinem Leiborgan folgendes: „In einer am 26. November in München stattgefundenen roten Steinarbeiter-Versammlung wurden für die durch Wolkenbruch geschädigten Verbandskollegen in Heidingsfeld 30 Mk. bewilligt, für die sozialdemokratische Parteikasse ebenfalls 30 Mk., für die ausgesperrten Tabakarbeiter aber nur 25 Mk. Im ersten und letzten Falle handelt es sich um arme notleidende Arbeiter, im andern Falle um die nach Millionen zählende Parteikasse."

Gerstenberger ist katholischer Geistlicher, er braucht ja nicht zu wissen, daß die Zahlstellen unsres Verbandes für die durch Hochwasser geschädigten Kollegen in Heidingsfeld und Grünsfeld bis jetzt 4297.45 **Mk. bewilligt haben.** Das ist ein schöner Akt der Solidarität. Allerdings, wenn unsre Kollegen einige Mark für den roten Wahlfonds spenden, dann ärgern sich darüber die Schwarzen. Aber nun trifft es sich sehr nett. In derselben Nummer, in welcher Gerstenberger die Münchner Steinarbeiter abkanzelt, bringt der fromme Zentrumsmann einen Aufruf, in dem es heißt:

„Bitte, vergeßt den Wahlfonds nicht! Die Wahlen kosten Geld; zumal wenn zwei Wahlen bevorstehen. Beiträge nimmt deshalb in unbeschränkter Menge und Größe stets entgegen das Zentrums-Parteisekretariat."

Die Schwarzen schwingen schon seit Monaten den Wahlbettelsack, das ist ihr gutes Recht, wenn aber die Roten aus eigenem Antriebe geben, dann regen sich die Zentrumsheißsporne darüber auf.

Christliche Phrasen und christliche Taten. Die „Gewerkschaftsstimme", das Organ des christlichen Hilfs- und Transportarbeiterverbandes, schreibt in Nr. 50 vom 13. Dezember 1911: „Sehen wir nun den Winter mit allen seinen Härten herankommen, der das Gespenst der Krankheit und Arbeitslosigkeit in sich birgt, so weiß zunächst jeder Verbandskollege, daß ihm die Unterstützungseinrichtungen in Fällen der Not eine Hilfe bieten. Die Solidarität tausender Verbandskollegen hält ihre schirmende Hand über einzelne, die von den Schicksalen des Lebens verfolgt sind. Darum gibt es für den organisierten Kollegen keine Mutlosigkeit gegenüber all den Stürmen und Unbilden, die im Winter an ihn herantreten." — In seiner Nummer vom 1. Januar 1911 gab das gleiche Blatt bekannt, daß der christliche Verband Notlageunterstützungen, wie sie bisher im Statut vorgesehen waren, nicht mehr auszahlt und daß die Arbeitslosenunterstützung nur noch bei unverschuldeter Arbeitslosigkeit gewährt wird. Als solche unverschuldete Arbeitslosigkeit wurde aber nicht angesehen, wenn ein Verbandsmitglied seine bisherige Stellung wegen momentan schlechter Bezahlung aufgebe oder um sich eine andre Stellung zu suchen! Damit wird ein wichtiger gewerkschaftlicher Grundsatz verletzt; denn die Arbeitslosenunterstützung hat doch auch den Zweck, Lohndrückereien zu verhindern. Die im christlichen Oswald-Verband getroffene Regelung bewirkt das genaue Gegenteil, worüber sich allerdings die Unternehmer sehr freuen. **Der christliche Verband arbeitet eben nach den Rezepten der Gelben.**

Herzlichsten Glückwunsch zum Jahreswechsel entbieten allen Verbandskollegen, Freunden und Genossen .. ..

.. **Zentralvorstand und Redaktion.**

Allgemeine Bekanntmachungen.

Würzburg. Für die durch Wolkenbruch geschädigten Kollegen in Grünsfeld und Heidingsfeld gingen an freiwilligen Beiträgen bis 24. Dezember folgende Gelder ein: Rostock, 25.—. Oldenburg, 10.—. Elberfeld, 15.—. Gefrees, 20.—. Osterholz, 20.—. Meißen I, 20.—. Witten a. R., 5.—. Königsbrück, 23.—. Floß, 10.—. Reinheim, 15.—. Derdingen, 5.—. Langelsheim, 5.—. Wulsdorf, 10.—. Posen, 15.—. Schmalkalden, 8.—. Hamburg II, 100.—. Liegnitz, 2.50. Mayen, 10.—. Mittweida, 10.—. Häslicht i. Schl., 30.—. Kürnbach, 8.—. Dessau, 5.—. Dürr-Arnsdorf, 6.30. Sulzfeld i. B., 10.—. Arnsdorf (O.-L.), 30.40. Wetzlar, 7.50. Reistenhausen, 7.15. Münchberg, 3.—. Eisenach, 5.—. Ehringsdorf, 12.—. Göppingen, 4.30. Hohenleuben, 10.—. Breslau, 5.—. Roßbach, 20.—. Adelebsen, 25.—. Jannowitz, 12.—. Bobengrün, 10.—. Sparneck, 5.—. Konstanz, 5.—. Worms, 5.—. Hasserode, 2. Rate, 14.50. Holenberg, 10.—. Heidelberg, 16.—. Kembach, 10.— Mk.

Bereits quittiert: 3692.80 Mk. = Summa: 4297.45 Mk.

Die Sammlung wird am 31. Dezember geschlossen.

Berichtigung. In Nr. 46 muß es statt Kandern, 30.—: Lütschenbach, 30.— und statt Halle, 5.—: Hall, 5.— heißen.

J. A.: M. Lohse, Rückertstraße 7.

Elberfeld. Die Steinarbeiter Humeny, Bodessein, Istel Eckhard sind von hier abgereist, ohne der Zahlstelle gegenüber ihre Pflichten zu erfüllen. Die Ortsverwaltung.

Weimar bei Cassel. Hier steht uns bloß das Lokal des Herrn Schäfer zur Verfügung. Mögen diesen Hinweis unsere Kollegen genügend beachten. Der Vorstand.

Adressen-Aenderungen.

Düsseldorf. Vors.: Franz Tennbusch, Bergerstraße 23.
Seussen. Vors.: Johann Neupert, Röthenbach. Kass.: Christoph Frank, Seussen.
Sparneck. Kass.: Max Fischer.
Dürr-Arnsdorf. Vors.: Joseph Wolf.

Briefkasten.

M. in W. Die Veröffentlichung wäre zwecklos. Ein Flugblatt hat für Euren Bezirk mehr Erfolg. — **Tr.** § 123 Abs. 3 der Gewerbeordnung trifft in diesem Falle nicht zu. — **H. in Kopenhagen.** Besten Dank für die Zusendung. — **Rammelsbach.** Auf die gestellten Fragen wird sicherlich die Firma selbst Antwort geben. Wir sind darüber nicht informiert. — **S. in Dresden.** Natürlich sofort erledigt. Hoffentlich hat die Sache auch Erfolg. Besten Gruß! — **W. M.** Gut gemacht! Findet selbstredend Aufnahme. Nur 's Gehirnschmalz a bisl anstrengen. — **L. P.** Wird auch berücksichtigt. — **P. in D.** Die „Steinarbeiter"-Pakete werden immer Donnerstags zwischen 10 und 12 Uhr versandt. Es ist uns nicht möglich, Deinem Wunsche nachkommen zu können. Besten Gruß!

☛ Das **Inhaltsverzeichnis** über die sämtlichen Nummern des „Steinarbeiter", Jahrgang 1911, erscheint in kommender Woche.

Anzeigen

Marmorarbeiter Berlins!

Am 1. Januar treten für

Schleifer, Fräser, Dreher

folgende Minimallohnsätze in Kraft: In der Werkstelle **68 Pfg. pro Stunde**, außerhalb derselben **73 Pfg. pro Stunde. Bestehende höhere Löhne dürfen nicht herabgesetzt werden. — Sämtliche Kollegen sind verpflichtet, für die allgemeine Durchführung der tariflichen Bestimmungen Sorge zu tragen.**

☛ **Verstöße gegen dieselben sind sofort im Verbandsbureau zu melden.** Fernspr.: Amt Moritzplatz, Nr. 11 871.

Die Ortsverwaltung.

Albert Baumann
Werkzeugfabrik und Härtewerk
Aue (Erzgeb.)
Preisliste
über alle
Steinmetz-Geschirre
versende **gratis!**
☛ Lieferung sofort. ☚

Schürzen Hausmacherleinen, 100 u. 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Jacketts, Leder- und Buckskin-Hosen in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert

Emil Keidel Spezial-Geschäft in Berufskleidung
☛ Eigene Anfertigung. ☚
Hamburg 6, ☛ **jetzt Bartelsstrasse 93.**

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.)

In Demitz am 19. Dezember der Kollege **Willi Hallas**, 30 Jahre alt, an Krämpfen.

In Ebersbach (Sachsen) am 17. Dezember der Kollege **Jakob Reinhold**, 32 Jahre alt, an Lungenschwindsucht.

In Hamburg am 22. Dezember der Kollege **Johann Christian**, 25 Jahre alt, an Lungenleiden.

In Lechhausen am 22. Dezember der Kollege **Peter Karl**, 50 Jahre alt, an Herzschlag.

In Leipzig am 12. Dezember der Kollege **Wilhelm Pfannschmidt**, 35 Jahre alt, an der Berufskrankheit.

In Pirna am 23. Dezember der Kollege **Otto Dähnert**, 43 Jahre alt, an der Berufskrankheit.

In Strehlen am 21. Dezember der Kollege **Reinhold Schütze**, 39 Jahre alt, an Herzschlag.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Beilage zum „Steinarbeiter".

Nr. 52. Sonnabend, den 30. Dezember 1911. 15. Jahrgang.

Ein neues Jahr ...

Ein neues Jahr ... es kommt mit frohen Schritten
Aus dunkler Tiefe licht empor zum Tage,
Von lauter Lust begrüßt und stiller Klage,
Und wild bestürmt von ungezählten Bitten.

Und zornig hebt das Volk, was es erlitten,
Empor noch einmal, hebt's mit heißer Frage:
Währt ewig denn das Unrecht und die Plage,
Wird unser Recht auch nicht von dir erstritten? ...

Horch! Kampfruf dröhnt gewaltig aus der Tiefe
Und sagt uns Antwort: meine ersten Tage
Sind hartes Ringen, sind ein schwerer Streit.

Weh' jedem Knecht, der träumend sie verschliefe!
Erwacht, erwacht und krönt mich, daß man sage:
Ein neues Jahr — und eine neue Zeit!

E. P.

Die Tarifverträge im Deutschen Reich im Jahre 1910.

III.

Die Arbeitszeit in den Tarifverträgen, Arbeitsnachweise und Schlichtungsorgane.

Die Arbeitsdauer wird als tägliche fixiert und in den Verträgen summarisch für die Woche festgesetzt. In beiden Darstellungen wird zwischen der sommerlichen und der winterlichen Arbeitsdauer unterschieden, da Witterung, Licht- und Saisonverhältnisse häufig solche Unterschiede bedingen. Als Arbeitsdauer ist stets die kürzeste, während der Tarifdauer zu erreichende Arbeitszeit ausschließlich der Pausen angegeben.

Danach hatten im Sommer 90,9 Proz. der Betriebe und 90,2 Proz. der Personen, im Winter 85,5 Proz. der Betriebe und 84,1 Proz. der Personen eine tägliche Arbeitszeit bis zu 10 Stunden. In den Jahren 1908 und 1909 waren die entsprechenden Ziffern im Sommer 88,6 bezw. 85,5 Proz. der Betriebe und 89,8 bezw. 90,2 Proz. der Personen, im Winter 69,7 bezw. 73,0 Proz. der Betriebe und 73,4 bezw. 74,0 Proz. der Personen. Ein Fortschritt der Arbeitsdauer bis zu 10 Stunden ergibt sich aus diesen Ziffern ganz unzweifelhaft. Die länger als 10stündige Arbeitsdauer wird immer mehr zur Ausnahme. Aber auch die Arbeitszeit bis zu 9 Stunden Dauer ist im Vormarsch begriffen. 1908 bestand sie erst für 29,7 Proz. der Betriebe und 30,0 Proz. der Personen (Sommerzahlen), 1909 für 33,2 Proz. der Betriebe und 29,9 Proz. der Personen, 1910 dagegen für 37,2 Proz. der Betriebe und 34,4 Proz. der Personen, wobei zu berücksichtigen ist, daß die umfangreiche Tarifbewegung im Baugewerbe keine wesentliche Herabsetzung der Arbeitsdauer brachte.

Eine wöchentliche Arbeitsdauer bis zu 60 Stunden war danach für 94,5 Proz. der Betriebe und 94,9 Proz. der Personen im Sommer und für 88,0 Proz. der Betriebe und 88,8 Proz. der Personen im Winter vereinbart. In den Jahren 1908 und 1909 waren die entsprechenden Sommerzahlen 88,5 bezw. 82,5 Proz. der Betriebe und 90,2 bezw. 89,2 Proz. der Personen, die Winterzahlen 69,5 bezw. 73,2 Proz. der Betriebe und 73,4 bezw. 74,1 Proz. der Personen. Auch hier ist ein Fortschritt der Arbeitsdauer bis zu 60 Stunden pro Woche zu konstatieren. Eine Arbeitsdauer bis zu 54 Stunden wöchentlich war vereinbart worden 1908 für 29,6 Proz. der Betriebe und 29,8 Proz. der Personen (Sommerzahlen), 1909 für 33,1 Proz. der Betriebe und 30,3 Proz. der Personen, 1910 aber für 40,1 Prozent der Betriebe und 37,7 Proz. der Personen. Hier springt der Fortschritt des Neunstundentags als Maximum sehr deutlich ins Auge.

Fragt man, in welchen Gewerbegruppen der Zehnstundentag noch wesentlich überschritten wird, so zeigt uns ein Blick auf die Tabellen 9 und 10, daß diese längere Arbeitsdauer am meisten noch in den Berufen der Holzindustrie, Nahrungsmittelindustrie, Bekleidungs-, Handels- und Verkehrsgewerbe anzutreffen ist.

Betrachten wir nun die Gesamtentwicklung der Arbeitszeitverkürzung seit 1903, so kommen wir zu folgenden Ergebnissen. Es hatten eine tägliche Arbeitsdauer

1903: bis zu 10 Stunden 91,1 Proz. der Tarife, länger als 10 Stunden 8,9 Proz. der Tarife.

1905: bis zu 10 Stunden 73,5 Proz., über 10 Stunden 8,3 Prozent, unbestimmt 18,2 Proz. der Tarife.

1906: bis zu 10 Stunden 85,9 Proz., über 10 Stunden 11,6 Prozent, unbestimmt 2,5 Proz. der Tarife.

1907: bis zu 10 Stunden 94,6 Proz., über 10 Stunden 5,4 Proz. der Arbeiter.

1908: bis zu 10 Stunden 90,2 Proz., über 10 Stunden 3,2 Proz., unbestimmt 6,7 Proz. der Arbeiter (Sommer).

1909: bis zu 10 Stunden 89,2 Proz., über 10 Stunden 6 Proz., unbestimmt 4,8 Proz. der Arbeiter (Sommer).

1910: bis zu 10 Stunden 90,2 Proz., über 10 Stunden 1,8 Prozent, unbestimmt 8 Proz. der Arbeiter (Sommer).

Von 6,7 Proz. der Arbeiter im Jahre 1908 ist der Prozentanteil der Arbeiter mit längerer als 10stündiger Arbeitsdauer auf 1,8 Proz. im Jahre 1910 zurückgegangen. Eingehendere Vergleiche werden erst möglich sein, wenn die Tarifstatistik nicht bloß den Inhalt der in dem Berichtsjahre in Kraft getretenen Tarife berücksichtigt, sondern auf den Gesamtstand der Tarife ausgedehnt werden kann.

Bestimmungen über die Pausenregelung enthielten 2744 Tarife. Die Frühstückspause betrug in 301 Tarifen bis ¼ Stunde, in 2213 Tarifen über ¼ bis ½ Stunde und in 23 Tarifen länger als ½ Stunde. Die Mittagspause war in 22 Tarifen bis ½ Stunde, in 1048 Tarifen bis 1 Stunde, in 1493 Tarifen über 1 bis 1½ Stunden, in 121 Tarifen über 1½ bis 2 Stunden und in 2 Tarifen über 2 Stunden. Die Vesperpause war in 318 Tarifen bis ¼ Stunde, in 1439 Tarifen über ¼ bis ½ Stunde und in 4 Tarifen länger als ½ Stunde. Das Verhältnis dieser Zahlen hat sich gegenüber dem Vorjahre nicht wesentlich geändert.

Zum erstenmal erstreckt sich die Tarifstatistik auch auf die Lösung des Arbeitsverhältnisses und auf die Regelung des Arbeitsnachweises. Von den Vereinbarungen über die Lösung des Arbeitsverhältnisses wird nur die Dauer der Kündigungsfrist ermittelt. Nach den hierzu gemachten Angaben für 1910 sind Kündigungsfristen in 519 Tarifen vereinbart, davon bis zu 3 Tagen Dauer in 42, über 3 Tage bis zu 1 Woche in 276, über 1 bis zu 2 Wochen in 152 und über zwei Wochen Dauer in 46 Tarifen. Die Angaben lassen leider nicht erkennen, in wieviel Tarifen jede Kündigungsfrist ausgeschlossen war. Dies liegt indes an der unzureichenden Fragestellung, die in dieser Hinsicht der Verbesserung bedarf.

Die Arbeitsnachweisfrage war nur in 319 Tarifen vertraglich geregelt, indem die gemeinsame Benutzung bestimmter Arbeitsnachweise beiden Parteien vorgeschrieben wurde. In 249 Tarifen waren dies Nachweise der Arbeitnehmer und nur in 5 solche der Arbeitgeber, in 39 Fällen paritätische Nachweise, in 2 Fällen Innungsnachweise und in 20 Fällen kommunale Arbeitsnachweise. Zu den 39 Tarifen mit paritätischen Nachweisen kommen noch die 3 Reichstarifgemeinschaften hinzu, in denen ebenfalls paritätische Nachweise vorgesehen sind. Außerdem wurde in 260 Tarifen vereinbart, daß ein paritätischer Arbeitsnachweis angestrebt werden soll.

Die Zahl der Tarifverträge, in denen gemeinsame Einigungs- und Schlichtungsorgane vorgesehen sind, mehrt sich von Jahr zu Jahr. 1908 waren für 1154 Tarife (57,7 Proz.) solche Organe vereinbart, 1909 für 1117 (53,4 Proz.), 1910 dagegen für 2241 Tarife (59,6 Proz.). Nahezu die Hälfte davon, nämlich 1094, entfällt auf das Baugewerbe, eine Folge der zentralen Vertragsverhandlungen, wie denn überhaupt die Zentralisation der Tarifbewegung auch die der Einigungs- und Schlichtungsinstanzen nach sich zieht. In weiterem Abstande folgen die Holzgewerbe mit 198, die Industrie der Nahrungs- und Genußmittel mit 184, die Metall- und Maschinenindustrie mit 150, die Textilindustrie mit 145 und die Bekleidungsgewerbe mit 138 Tarifen, in denen gemeinsame Einigungs- und Schlichtungsorgane vorgesehen sind. Während sich in den früheren Jahren die Mehrzahl der Einigungs- und Schlichtungsorgane auf Firmentarife erstreckt, sind diese gegenüber den Orts- und Bezirkstarifen schon erheblich zurückgetreten, wie folgende Gegenüberstellung beweist. Es betrug die Zahl der Tarife mit Einigungs- und Schlichtungsorganen:

	1908	1909	1910
in Firmentarifen . .	465	660	905
in Ortstarifen . .	350	238	458
in Bezirkstarifen . .	339	214	876
in Reichstarifen . . .	—	5	2

Leider gibt die Statistik auch heute noch keine Auskunft über die Art dieser Einigungsinstanzen, aus der sich der Fortschritt der Zentralisation des Einigungswesens ziffernmäßig feststellen ließe.

Die Ergebnisse der Tarifvertragsstatistik im Berichtsjahre bestätigen in vollem Umfange, was wir anläßlich der Statistik der Jahre 1908 und 1909 feststellen konnten: die Tarifentwicklung folgt in gleicher Weise wie die Lohn- und Streikbewegungen dem Auf und Ab der wirtschaftlichen Konjunktur und der Zentralisationstendenz der wirtschaftlichen Organisation der Arbeitgeber und Arbeiter. Verschärft wird der Einfluß der letzteren durch das offenbare Bestreben der Arbeitgeberverbände, den Ablauf großer Gruppen von Tarifverträgen möglichst auf einen gemeinsamen Zeitpunkt einzustellen, wodurch die jährlichen Schwankungen der Tarifbewegung bedeutend verstärkt werden. Dies zeigte sich besonders im Berichtsjahre hinsichtlich des Baugewerbes. Die gesamte Tarifbewegung stand unter dem Einfluß der Tarifkämpfe im Maurer- und Zimmerergewerbe und der Tariferneuerung im Malergewerbe; entfiel doch nahezu die Hälfte aller im Berichtsjahre in Kraft getretenen Tarife und mehr als die Hälfte der beteiligten Betriebe und Personen auf das Baugewerbe. Daß auch die Statistik sich diesem Einfluß nicht entziehen kann, solange sie nur die Tarifbewegungen des Berichtsjahres berücksichtigt, liegt klar auf der Hand. Es ist deshalb auch in dieser Hinsicht zu begrüßen, daß die Aussicht besteht, die Statistik auf die alljährliche Feststellung des gesamten Tarifbestandes auszudehnen.

Hinsichtlich des Inhalts der Tarifverträge hat die Statistik des Berichtsjahres ergeben, daß die Bestrebungen der Arbeiter nach Verkürzung der Arbeitszeit wiederum erhebliche Fortschritte aufweisen können, die durch die fast völlige Ausmerzung der länger als zehnstündigen Arbeitsdauer und durch die weitere Ausdehnung des Zehn- und Neunstundentags verdeutlicht werden. Hinsichtlich der Lohnregelung war ein starkes Vordringen des Stücklohns (das aber nur ein scheinbares ist) und eine Zunahme der höheren Lohnklassen zu konstatieren, wie auch die Lohnzuschläge für Ueberarbeit immer mehr in den Tarifen Eingang finden. Die tarifliche Arbeitsvermittlung zeigt bereits einen ganz beachtenswerten Anfang und die gemeinsamen Einigungs- und Schlichtungsorgane werden immer allgemeiner.

So bildet die Statistik der Tarifverträge ein neues Mittel, den wirksamen Einfluß der Gewerkschaften auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterschaft außer jeden Zweifel zu stellen. Zeigt sie uns gegenwärtig auch nur erst einen kleinen Ausschnitt und auch darin kein Bild der wirklichen Verhältnisse, sondern nur den Stand der vertraglichen Regeln, so kann dies ihren Wert nur unwesentlich beeinträchtigen. Was zur Vervollkommnung dieser Statistik geschehen kann, wird in den nächsten Jahren geschehen, und was sie uns nicht zu leisten vermag, das wird durch andre Erhebungen ergänzt werden. Jedenfalls ist es ihr schon heute in hohem Maße gelungen, in die Arbeitsverhältnisse hineinzuleuchten und uns einen Maßstab für deren fortschreitende Entwicklung an die Hand zu geben. Die Sozialpolitik kann schon heute aus ihren Ergebnissen manches schätzenswerte Material und manche gute Lehre entnehmen, und der im Gewerkschaftskampfe stehende Arbeiter und Arbeitervertreter erkennt darin, wie sich der Bereich der paritätisch und tariflich geregelten Arbeit immer mehr ausbreitet, wie diese Verträge von denen andrer Orte im gleichen Berufe und oft selbst von denen andrer Berufe abhängig sind, wie sie ein wachsendes Maß von Vertragstreue auf beiden Seiten, von Gewöhnung an Organisationsdisziplin und Gemeinsinn angesichts der immer mehr zunehmenden Schwierigkeiten der zentralen Abschlüsse erfordern. So kann eine solche Statistik auch erzieherisch wirken, wenn sie in der rechten Weise nutzbar gemacht wird. Das ist auch der wichtigste Zweck dieser Arbeit, die wir hinausgeben mit dem Wunsche, daß die Förderung der Klarheit über die Vorzüge der tariflichen Regelung der Arbeitsverhältnisse am geeignetsten ist, die Entwicklung der Tarifverträge selbst zu fördern.

Die soziale Lage der Griffelmacher im meiningischen Landtage.

Im Herzogtum Meiningen ist die Schieferindustrie stark vertreten. In Lehesten befinden sich die Plattenschieferbrüche und in der Steinacher Gegend werden Griffel hergestellt. Die Griffelmacher arbeiten unter ganz traurigen Verhältnissen, die Löhne sind äußerst niedrig. Bei der Etatberatung im Landtage nun führte kürzlich der sozialdemokratische Abgeordnete Weigelt zum Punkt Griffelbrüche folgendes aus:

Wenn wir die Geschichte der Griffelindustrie studieren, so finden wir, daß sie die verschiedensten Perioden durchlaufen hat. Ihre eigentliche Glanzzeit, wenn von einer solchen überhaupt gesprochen werden kann, wird wohl in ihren Anfangsstadien zu suchen sein. Denn wenig später finden wir, daß die Griffelmacher durch ein gefühlloses Kleinhändlertum auf das skrupelloseste ausgebeutet werden. Schon frühzeitig schritt man hiergegen zur Selbsthilfe und wendete die sonderbarsten Mittel an. Alle Versuche, einem beutelüsternen Kleinhändlertum beizukommen, scheiterten immer wieder an dem unsolidarischen Verhalten der Griffelmacher. Aber stets bringen sie die wirtschaftlichen Verhältnisse, der Hunger und die Not, wieder zur Einsicht, daß es so, wie bisher, nicht weitergehen kann, wenn man

Die Entstehung der Axt.

Die Entstehungsgeschichte der Axt, dieses eigentlichen Universalgeräts der Menschheit, das das Kulturelement par excellence darstellt, erzählt in anregender Weise Prof. Dr. K. Weule, der bekannte Direktor des Leipziger Völkermuseums, in dem soeben erschienenen Bändchen Kulturelemente der Menschheit (Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde, Stuttgart, geh. 1 Mk., geb 1.80 Mk.) Eine Reihe von Forschern leiten für unsern nordischen Kulturbezirk die Axt von tierischen Vorbildern ab, insbesondere vom Kiefer des Höhlenbären, jenes riesigen Vertreters der Gattung Bär, der unsern eiszeitlichen Vorfahren so ungemein viel zu schaffen gemacht hat. Daß der uralte Hammer als Ausgangspunkt nicht in Frage kommen kann, ist im Unterschied zwischen den Bewegungen des Hauens und des Schlagens begründet. Beim Schlagen und Klopfen mit dem stumpfen Werkzeug bleibt der Arm eingebogen; beim Hauen mit dem scharfen Gerät wird er gestreckt, schon um durch den so verlängerten Hebelarm eine größere Wirkung zu erzielen. Diese Tätigkeit des Hauens hat sich nun aber ganz gewiß nicht an einem hammerhaften Werkzeug herausgebildet, um so weniger, als sie ja ebenfalls in eine Zeit fällt, wo von einer gestielten Waffe noch keine Rede ist. Es spricht also alles für einen anders gearteten Ausgangspunkt.

Das eben sei nun, meinen Noiré und Jähns, der Höhlenbärenkiefer mit seinem riesigen Eckzahn gewesen. Auch die Weiterentwicklung sei von hier aus leicht. Brach der Eckzahn ab oder wurde er sonst unbrauchbar, so lag es nahe, ihn durch einen noch härteren Gegenstand zu ersetzen; zuerst wohl durch einen beliebig geformten Stein; nach und nach durch solche von bestimmter Form, die man sich dann am Ende der Entwicklung durch eigne Arbeit herstellte. Dabei habe man die alte spitze Form des Eckzahns sehr bald zugunsten der praktischeren des Schneidezahns verlassen, im Verlauf der Zeit auch den Kiefer selbst durch andre Materialien wie Holz, Hirschhorn, Knochen und dergleichen ersetzt — man hatte damit die Axt in unserm Sinne erfunden.

Diese schneidezahnförmige Spaltklinge beherrscht den Kulturbesitz aller Völker durch lange Zeiträume hindurch; sie tritt in der Steinzeit auf, läuft durch die Kupfer-, Bronze- und Eisenzeit und erscheint, wo alles das fehlt, auch als Muschel gearbeitet, kurz sie ist universal nach der Breite wie nach der Tiefe der Menschheit.

Das merkwürdigste an ihr ist, außer ihrer Erscheinungsdauer und ihrer Verbreitung, die vollkommene Unveränderlichkeit ihrer Form; sie hat den Schneidezahn- oder Meißeltyp in ihrem wesentlichen, der Schneide zunächst liegenden Teil beibehalten durch alle Zeiten und über alle Länder hin. Ihn bewahren in späteren Zeiten die durchbohrte Steinaxt, die vielen Formen der Kupfer-, Bronze- und Eisenäxte; und selbst die modernste und beste aller Klingen, die amerikanische Axt, hat sich von ihm nicht frei machen können.

So einheitlich die Form der Axtklinge ist, so verschiedenartig und mannigfaltig sind die Methoden der Menschheit, sie wirksam, dauerhaft und fest mit dem Stiel oder, wie man technisch sagen muß, dem Helm zu verbinden.

Noch vollständig auf dem Prinzip des Eckzahns im Tierkiefer beruht die Befestigung, bei der die Stein-, Knochen- oder Muschelklinge in den Stiel eingefügt ist wie der Zahn in seine Höhlung, die Alveole. Sie ist in tropischen und gemäßigten Breiten weit verbreitet, besonders im Herzen von Südamerika, auch im Feuerland; auch findet sie sich in den Pfahlbaufunden der Schweiz. Der Neger befestigt selbst seine Eisenklinge noch heute in dieser Weise.

Vielleicht noch urwüchsiger ist das Einklemmen der Klinge in das zusammengebogene Heft; es wird heutzutage noch von den Australiern, den Salomoniern und einzelnen Amerikanern geübt.

Hauptsächlich auf Süd- und Mittelamerika beschränkt ist das Anschnüren der Klinge. Aber auch die Arktis, Nordasien und Nordamerika vollführen dieses Anschnüren.

Die elementaren Formen der metallosen Zeit sind mit diesen wenigen Methoden bereits erschöpft; die nächst höhere der Steinzeit ist dann bereits die durchbohrte Klinge, die von der jüngeren Steinzeit bis auf unsre Tage reicht. Sie ist nur bestimmten Teilen der Erdoberfläche eigen.

Nahezu allgemein ist dagegen der hakenförmige Stiel, der Winkelhelm. Er ist entweder ein natürlicher Ast oder ein zusammengesetztes Kunstprodukt, bei dem sich über oder durch das Helmende ein Zwischenstück aus Holz, Hirschhorn, Knochen und dergleichen schiebt. Hier wird die Klinge in das Zwischenstück eingeklemmt und eingewickelt, oder ebenfalls angebunden. Besonders in den Pfahlbauten der Schweiz und in Melanesien gibt es zahlreiche hierhergehörige Varianten.

Die Metallaxt ist kein Kulturelement mehr; im übrigen wiederholt auch sie mit wenigen Ausnahmen die Befestigungsweisen der Stein- und der Muschelaxt. In Afrika ist die Klinge der Axt in den geradlinigen Schaft eingelassen; in Amerika und Altägypten ist sie angebunden; unsre Stahlaxt endlich ist die direkte Fortbildung der durchbohrten Steinaxt. Nur der bronzezeitliche Kelt nimmt einen etwas andern Verlauf. Kelt ist die Bezeichnung, die der brandenburgische Gelehrte Beger 1696 für alle metallischen Spaltklingen überhaupt vorschlug. Durch Uebereinkunft der deutschen Prähistoriker ist der Ausdruck neuerdings wieder durch das Wort Axt ersetzt worden, findet gleichwohl aber noch häufig Verwendung.

Der früh und allgemein erkannten Nützlichkeit der Steinaxt entspricht ihre ebenso allgemeine Würdigung durch alle Lande. In Babylon, Assur und Aegypten, desgleichen in Schweden sind, wie die Malereien und Felszeichnungen berichten, Steinäxte noch bis tief in die Metallzeit gebraucht worden. Sie werden im Hildebrand-Liede geschwungen, und noch im 13. Jahrhundert lassen die Schotten diese Waffe wirkungsvoll auf die Köpfe der Engländer herniedersausen. Kupfer und Bronze waren in jenen Zeiten eben noch zu teuer, als daß man zum Einzelgerät so viel des kostbaren Materials hätte verwenden können, wie für das Zertrümmern des feindlichen Schildes nötig war. Erst das Eisenalter mit seiner Möglichkeit der Materialverschwendung bringt der Metallaxt die Allgemeinverwendung; zugleich auch die Befestigung mittels des beim Schmieden ausgesparten Loches.

sich nicht selbst aufgeben will. So sehen wir die Griffelmachergenossenschaft entstehen, die wohl ihre schwersten Kämpfe mit der Firma Mohr u. Löhrs zu bestehen hatte. Diese Firma muß ungeheure Gewinne aus den Knochen der Griffelmacher herausgepreßt haben, denn wenn man auf unserm Friedhof die Inschriften der Grabsteine studiert, so findet man, daß das soziale Gewissen dieser Firma sehr schwach geschlagen haben muß. Ich habe diese Periode in ihrem Ausgange selbst miterlebt. Schon als Kind, in kaum schulpflichtigem Alter, mußte ich mit in die staub- und dunsterfüllte Hütte und in der Regel bis 9 Uhr abends dort mit tätig sein. Dann kam noch der einstündige Weg mit dem bepackten Griffelkorb nach Hause. Sie können ermessen, welche „frohe Jugendzeit" wir Griffelmacherkinder da erlebt haben. Dazu kommt noch die Ernährung, die im wesentlichen noch bis heute unverändert fortbesteht: Dreimal Kaffee und trockenes Brot am Tage. Frühmorgens, zum Frühstück und zum Vesper, und es ist eine Seltenheit, daß sich dieser oder jener Margarine oder ein ähnliches Schmalzsurrogat leisten kann. Das Mittagbrot bildet Kartoffelbrei, das Abendbrot gestampfte Kartoffeln, mit etwas Speck oder Rindertalg gefettet. Doch wieder zurück. In derselben Zeit nun, in der sich die Kämpfe der Firma Mohr u. Löhrs und der Griffelmachergenossenschaft bis zur Explosion gesteigert hatten, erschien der Fiskus, der meiningische Staat, auf dem Plane. Die herzogliche Staatsregierung, damals schon vertreten durch den heutigen Staatsminister v. Ziller, ging von zwei Gesichtspunkten aus an die Uebernahme der Griffelbrüche heran. Erstens war der Griffelschiefer zum weitaus größten Teil Dominialvermögen. Die ergiebigsten Griffelbrüche befanden und befinden sich noch bis heute in den Domänenforsten. Sodann aber auch konnte man sich den immer lauter werdenden Klagen der Griffelmacher, die durch die Firma Mohr u. Löhrs nach Gutdünken behandelt wurden, nicht länger verschließen. Die Protokolle der damaligen Landtagsverhandlungen geben uns darüber sehr ausführlich Auskunft. Es führten aus Staatsminister v. Ziller (4. November 1890): Die herzogl. Staatsregierung habe sich nun bei bisheriger Ausnutzung der Brüche weniger durch den fiskalischen Gesichtspunkt leiten lassen, als durch die Rücksicht auf das Wohl der Griffelmacher. Abg. Eberlein: Geld verdienen und human sein lasse sich nicht immer vereinigen. Dr. Höfling: Die Nachteile, welche seither durch die Einatmung des Schieferstaubs für die Gesundheit der Arbeiter bestanden haben, werden beseitigt werden. Dr. Thomas: Er wolle wünschen, daß das Unternehmen, an welches die herzogl. Staatsregierung mutig und mit Energie herangetreten sei, zum Wohl der armen Griffelmacher ausschlagen möge. Müller-Pathle: Er sei der herzogl. Staatsregierung dankbar, daß sie durch die Rücksicht auf die Notlage der Griffelmacher sich habe bewegen lassen, die Vorlage dem Hause zugehen zu lassen. Wir sehen also, daß man seitens des Landtags ausnahmslos an die Uebernahme der Griffelbrüche heranging, um den unglücklichen, durch Unterernährung und Tuberkulose so furchtbar heimgesuchten Griffelmachern Hilfe zu bringen. Die Griffelmacher sagten der Uebernahme nur zu in der Annahme, daß die Regierung doch verpflichtet sei, ihre unerträgliche Lage zu verbessern. Wir müssen bedenken, daß es für sie mit großen finanziellen Verlusten verbunden war. Die einzelnen Pachtanteile, die durch ihre Vererbung von Vater auf Sohn usw. einen Wert von 500 bis 700 Mk. bekommen hatten, wurden dadurch fast wertlos. Des weiteren aber war ihnen von seiten der Firma Mohr u. Löhrs die Beteiligung am Geschäftsüberschuß in Aussicht gestellt, und zwar im 2. Jahre in Höhe von 5 Proz., im 3. in Höhe von 7 Proz., und nach dem 3. Jahre in Höhe von 10 Proz. Aber alle diese Vergünstigungen schlugen die Griffelmacher aus, weil sie die Ueberzeugung hatten, daß ihnen die Regierung weit durchgreifendere Verbesserungen bringen würde. Aber was finden wir? Anstatt verbessert, haben sich nach Uebernahme durch den Fiskus die Verhältnisse in gewisser Beziehung fortgesetzt verschlimmert. Nach zehnjährigem Bestehen machten die Arbeiter den Versuch, sich zu organisieren. Kaum im Entstehen, wurde von der Regierung alles versucht, die Organisation unmöglich zu machen. Es entspann sich der berüchtigte Beleidigungsprozeß Ziller kontra Hué. In einem Artikel der Bergarbeiterzeitung vom 14. Januar 1899 wurde die Regierung auf das Ungesetzliche ihrer Ministerialverfügung vom 4. Januar 1899 aufmerksam gemacht, sodann wurde ihr vorgehalten, daß sich die Arbeitsverhältnisse nicht verbessert, sondern verschlimmert hätten. Der damalige Redakteur und gewesene Reichstagsabgeordnete Hué wurde zwar zu Gefängnis verurteilt, aber ich glaube, die Regierung war von den geernteten Lorbeeren gerade nicht sonderlich erbaut. Hätte sie damals Lehre aus dem Prozeß gezogen, wäre ich heute nicht genötigt, hier so schwere Klagen vorzubringen. Die Verhältnisse haben sich unterdessen weiter entwickelt. Man ging zur Einrichtung des elektrischen Betriebes über. Ich habe mir diese Einrichtung angesehen, und es muß gesagt werden, daß sie gegen früher zweifellos eine Errungenschaft bedeutet. Aber hier können wir sehen, daß das kapitalistische System, daß das Bestreben: Profit, Profit und immer mehr Profit — eine Einrichtung von höchst kultureller Bedeutung in ihr Gegenteil verkehren kann. Gleich nach Einrichtung des elektrischen Betriebs sehen wir, genau wie in jedem andern kapitalistischen Betrieb, Verdrängung der männlichen Arbeitskraft und Ersetzung durch billigere, durch weibliche Arbeitskräfte. Die Kompanien, die früher 8 Mann umfaßten, haben heute nur noch 3 oder 4 männliche, das andre sind weibliche Arbeiter. Die Arbeiter stehen im Akkordverhältnis. In den Kompanien selber steht man sich mit größter Verdrossenheit gegenüber. Jeder arbeitet dem andern zu wenig, und alte und kranke Arbeiter, die doch auch mit durchgeschleppt werden müssen, haben ein wahres Martyrium zu bestehen. Und so sind denn auch die Folgen, die bei dieser geradezu selbstmörderischen Aufreibung der Kräfte eintreten müssen, eingetreten. Meine Herren, ich muß Ihnen gestehen, es herrschen Zustände in bezug auf Hygiene und in bezug auf die Mortalität der Griffelmacher, die eines Kulturstaats unwürdig sind. Ich habe mir durch Umlauffragebogen ein klares Bild zu verschaffen gesucht und dabei folgendes festgestellt: In den drei Großhütten von Steinach sind beschäftigt 47 Griffelmacher. Von diesen sind zwei über 50 Jahre alt, und zwar zwei Invaliden. Es sind vorhanden zusammen 6 Invaliden. Diese haben ein Alter von 58, 52, 41, 38, 37 und 34 Jahren. In den beiden letzten Jahren sind verstorben 9 fiskalische Griffelmacher. Diese hatten ein Alter von 51, 45, 44, 44, 44, 43, 43, 39 und 36 Jahren. Todesursache sowie Ursache der frühen Invalidität ist fast durchweg Tuberkulose. Die durchschnittliche Krankheitsdauer für einen Griffelmacher beträgt in den ersten 9 Monaten 1911 — 2⅔ Wochen. Und nun, meine Herren, angesichts dieser furchtbaren Tatsachen werden Sie mir wohl zugeben, daß wir uns eines Vergehens schuldig machen würden, wollten wir nicht jedes Mittel versuchen, diese Zustände zu verbessern. Denn was sich uns hier zeigt, ist ein Bild unsäglichen Elends und Jammers. Der einzige Segen, dessen die Griffelmacher teilhaftig werden, ist eine zahlreiche Familie. Wir haben Familien mit 9 bis 10 und 12 Kindern, von denen die ältesten kaum der Schule entwachsen sind. Und wenn Sie Not kennen lernen wollen, gehen Sie hin in diese Familien, denen der Ernährer fehlt. Gehen Sie hin zu den unglücklichen Waisen und Halbwaisen, und Sie werden Zustände finden, die himmelschreiend sind. Die Forderungen, die ich an die herzogliche Staatsregierung zu richten habe, sind: Entfernung der Arbeiterinnen aus den Räumen der Säge-, Spalt- und Durchmachmaschinen. Denn wie können wir es mit unserm Gewissen vereinbaren, sie dort zu belassen, wenn wir sehen, welche furchtbaren Folgen die Beschäftigung schon unter den männlichen Arbeitern hervorruft? Aber auch den Arbeitern müssen wir Entgegenkommen zeigen, indem wir sie nicht fortgesetzt dem schweren aufreibenden Dienst an den Kreissägen aussetzen und indem wir sie auch ab und zu eine leichtere Arbeit, wie sie eben das Spalten und Durchmachen darstellt, verrichten lassen. Ich muß ferner fordern Beseitigung des Akkordsystems, denn der frühe Tod, die frühzeitige Invalidität, vielfach schon in den dreißiger Jahren, die hohe Krankenziffer, alles sind mit die Folgen des Akkordsystems. Ich hoffe, daß sich die Staatsregierung diesen Forderungen nicht verschließt und mir in Zukunft derartige schwere Klagen erspart.

Servilismus bei den Keramikern.

In der Nr. 50 der christlich-zentrümlichen „Keram- und Steinarbeiter-Zeitung" finden wir einen Ortsbericht, der ein grelles Licht auf die Tendenzen innerhalb der sogenannten christlichen Gewerkschaften wirft und deren ganzes arbeiterfeindliches Programm in aller Nacktheit enthüllt. Wir halten das Elaborat für so kostbar, daß wir nicht widerstehen können und es deshalb unsern Lesern zur Erbauung vorsetzen:

Mayen. Unser am 3. Dezember stattgefundener Familienabend nahm einen großartigen Verlauf. Auch Herr Bürgermeister Dr. Pohl, ferner Herr Pastor Dr. Schmidt und Herr Assessor Dr. Spillmann hatten sich eingefunden. Kollege Kail warf einen Rückblick auf die Gründung der früheren Steinarbeiter-Vereinigung, die so manchen Kampf durchzufechten hatte. Heute sei es jedoch viel notwendiger, zusammenzustehen, als vor 6 resp. 7 Jahren. **Heute müsse der Kampf auf wirtschaftlichem und religiös-politischem Gebiet gegen die „freien" Gewerkschaften und die Sozialdemokratie geführt werden.** Die christliche Arbeiterschaft müsse daher kampfbereit sein. Besonders mögen die christlichen Frauen auf der Hut sein und die Agitatoren der sozialdemokratischen Gewerkschaften zurückweisen. Der reiche Beifall zeigte, daß die Anwesenden mit den Ausführungen des Referenten derselben Meinung waren. Herr Bürgermeister Dr. Pohl dankte für die freundliche Begrüßung, die ihm zuteil geworden. Gerne sei er der Einladung gefolgt. Er unterstrich die Ausführungen des Herrn Kail und gab seiner Anerkennung Ausdruck gegenüber dem Vorstande, der den Verein in verhältnismäßig kurzer Zeit auf eine so hohe Mitgliederzahl gebracht habe. **Man möge sich nicht von den sozialdemokratischen Gewerkschaften betören lassen, welche dem Arbeiter Vaterlandstreue und Liebe zu Altar und Familie aus dem Herzen reißen wollen.** Gegen jene Umstürzler müsse energisch Front gemacht werden. Er erinnere nur an die **Moabiter Exzesse, bei denen die Sozialdemokratie die Arbeiterschaft in die blanke Waffe der Polizisten hineingetrieben, wogegen sich die Anstifter, die Führer der Sozialdemokratie, in den Häusern versteckt hielten.** Diese Vorgänge müßten doch dem Arbeiter zu denken geben. Nicht weniger sei es als Vaterlandsverrat zu bezeichnen, als bei den letzten Differenzen zwischen Deutschland und Frankreich die **Sozialdemokratie und die „freien" Gewerkschaften** im Falle eines Krieges den Generalstreik proklamieren wollten. Hier war es wiederum die christlich-nationale Arbeiterbewegung, die gegen dieses **vaterlandsfeindliche und arbeiterschädliche Treiben der Sozialdemokratie** energischen Protest erhob, und wobei sich 1¼ (!) Millionen Mitglieder solidarisch erklärten, mit den übrigen Ständen das Ansehen und die Ehre unsres Vaterlandes in der Stunde der Gefahr zu verteidigen. Die christliche Gewerkschaftsbewegung möge daher noch mehr erstarken und in alle Kreise dringen, um **gegenüber den „freien" Gewerkschaften, der Sozialdemokratie, ein Bollwerk** zu sein. Die christliche Gewerkschaft möge mit Stolz in aller Zukunft treu an ihrem Programm festhalten, **treu für Vaterland, Altar und Familie stehen. Allgemeines Bravo** wurde dem Redner zuteil, der mit einem **Hoch auf Se. Majestät Kaiser Wilhelm II.** schloß, worauf die Nationalhymne gesungen wurde. **Auch Se. Hochw. Herr Pastor Dr. Schmidt ließ es sich nicht nehmen,** die Anwesenden **in seiner bekannten meisterhaften Redeweise auf das Ideal der christlichen Weltanschauung,** welche tief in dem Herzen des Menschen wurzelt, hinzuweisen. Und so erntete auch der dritte Redner vollen Beifall. Nicht zu vergessen sei, auf unsre Sangesbrüder hinzuweisen, welche es in so meisterhafter Weise verstanden, durch ihre gediegenen Darbietungen die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Auch die auf der Bühne verstanden es, durch Couplets, Duette usw. die Anwesenden zu erheitern. Nicht minder gut bewährte sich die Kapelle Stoll, so daß alles in allem zur vollen Zufriedenheit der Anwesenden verlaufen ist. In einem Schlußwort sprach der Vorsitzende, Kollege Knüpper, allen Beteiligten im Namen der Ortsgruppe herzlichen Dank aus, und schloß mit einem Hoch auf das Blühen und Gedeihen des Zentralverbandes christlicher Keram- und Steinarbeiter.

Dies der Bericht, in dem wir die uns am markantesten erscheinenden Stellen in Fettdruck hervorgehoben haben. Er gestattet einen interessanten Einblick in die schwarze Gewerkschaftsküche. Wäre der Schluß und wären einige einzelne Sätze anders, dann wäre jeder Leser der Meinung, daß es sich dort unten in Mayen um einen Kriegervereinsabend handelte. Interessant ist die Wendung, daß der Kampf der **„politisch-neutralen" Zentrumsgewerkschaften gegen die Sozialdemokratie geführt werden müsse.** Früher klangs anders. Da wurde im Speirer Dom in der Kaisergruft und auch andern Orts wiederholt das schwarzrote Bündnis geschlossen. . . . — Vor allem ist auch die Bürgermeisterrede beachtenswert. Sie wimmelt von den bekannten Schlagworten des Reichsverbandes, der Schwarzen und Blauen gegen die Arbeiterbewegung und tischt der gläubigen Zuhörerschaft auch das wiederholt widerlegte Märchen vom Generalstreik der Roten und freien Gewerkschaften im Falle eines Krieges auf. Im übrigen auch nicht der geringste Schatten von einer sachlichen Widerlegung der Lehren der Sozialdemokratie und den wirklichen Bestrebungen unsrer freien Gewerkschaften! Man operiert mit schon vor 40 Jahren abgetanen Schlagworten, und die Armen im Geiste quittieren den abgestandenen Kohl mit „reichem" und „vollem" Beifall. Rechnet man weiter hinzu, daß dieser „christlich-gewerkschaftlichen" Veranstaltung ein Bürgermeister, ein Pastor und ein Assessor sekundierten, die ja jedenfalls ganz besondere „Autoritäten" in Arbeiter- und politischen Fragen zu sein scheinen, und vergegenwärtigt man sich weiter das dieses Fest „umrankende" patriotische Beiwerk, dann haben wir das vollkommene Bild einer Aucharbeiterorganisation nach dem Herzen der industriellen Scharfmacher und der volksaussaugenden und volksbetörenden Ritter und Heiligen.

Aerztliche Gutachten und Unfallverletzte.

Zwischen Unfallverletzten und den Vertrauensärzten der Berufsgenossenschaften spielt sich ein fortwährender Kleinkrieg ab. Die meisten Verletzten klagen darüber, daß der Arzt, wenn er nicht gleich augenfällige Verletzungen sieht, geneigt ist, den zu Untersuchenden als „Simulanten" zu betrachten. Die ganze Art und Weise, wie der Arzt an die Sache herangeht, macht auf den Verletzten den Eindruck, als wüßte der Arzt gar nichts rechtes mit seiner Verletzung anzufangen. Besonders schlimm steht es für den Verletzten, wenn sich infolge Betriebsunfalls ein Nervenleiden (Unfallneurose, traumatische Neurose) entwickelt. Diesem Leiden steht leider noch eine große Anzahl der Aerzte verständnislos gegenüber. Dem Verletzten wird in mehr oder weniger deutlicher Weise zu verstehen gegeben, daß er „simuliere", da absolut nichts zu finden sei. Das beste Mittel sei die Arbeit, und was der Weisheiten noch mehr sind. Der Kranke fühlt sich durch die Unterstellung, er simuliere, beleidigt, regt sich auf, läuft zu einem andern Arzt, macht dieselben Erfahrungen, und zum Schluß kommt dann die Rentenkürzung oder Rentenentziehung, weil nach dem „einwandfreien" Gutachten eine wesentliche Erwerbsbeschränkung nicht mehr vorliege usw. Durch mangelhafte Kenntnis des Arztes auf dem Gebiete der Nervenleiden und durch die dadurch bedingte ungerechte Behandlung des Verletzten verschlimmert sich in den meisten Fällen der Zustand des Verletzten ganz enorm. Macht aber ein Verletzter vor dem Schiedsgericht den Versuch, auf die mangelhaften Kenntnisse des Arztes in bezug auf Nervenleiden hinzuweisen, dann wird es bestimmt vom Vorsitzenden als „Ungebühr" gerügt. Den Verletzten wird dagegen oft vor dem Schiedsgericht gesagt, daß sie „übertreiben" und schwindeln.

Jetzt kommt aber kein Geringerer, als wie Prof. Ernst Schultze und macht in der Sammlung zwangloser Abhandlungen aus dem Gebiete der Nerven- und Geisteskrankheiten im 9. Band, Heft 1, auf manche Mängel in ärztlichen Gutachten aufmerksam. Es heißt dort u. a.:

„Billigerweise kann man nicht von jedem als Gutachter gehörten Arzte eine genaue Kenntnis der einzelnen Spezialfächer voraussetzen. Aber bedenklich ist es doch, daß so wenige Gutachter die Grenzen ihres eignen Wissens kennen und daß fast jeder Arzt glaubt, auch über schwierige Fälle von traumatischer Neurose urteilen zu dürfen, wiewohl zu deren sachgemäßer Bewertung ein nicht geringes Maß psychiatrischen Fühlens und Könnens unerläßlich notwendig ist. Die Tatsache der mangelnden Selbsteinschätzung der Aerzte erklärt die Beobachtung, daß die Sicherheit des Auftretens des Sachverständigen, sei es im Gutachten, sei es vor Gericht, vielfach im umgekehrten Verhältnis zu dem tatsächlichen Wissen steht. Auch mag der Umstand nicht gerade die Qualität der Gutachten fördern, daß von einem einzelnen Arzte oft eine große Zahl von Gutachten in verhältnismäßig geringer Zeit erstattet werden muß."

Weiter äußert Herr Professor Schultze Bedenken, gegen die Gutachten derjenigen Krankenhäuser, in denen hauptsächlich Unfallverletzte begutachtet werden, weil durch die Masse der Unfallverletzten der einzelne Fall nicht genügend gewürdigt werden kann. Bei den Massennachuntersuchungen von Rentenempfängern bestehe die Gefahr, daß eine genaue körperliche Untersuchung unterlassen wird, die aber doch unbedingt notwendig sei für die Begutachtung des Falles. Auch wird bei Begutachtung der Unfallverletzten vielfach der Fehler begangen, daß der Arzt dem Verletzten seine (des Arztes) eigenen Gedankengänge unterschiebt. Der Arzt vermutet nicht nur, daß sich in der Seele des andern die psychischen Vorgänge zu abspielen, wie er glaubt, für sich annehmen zu können — doch nur auf Grund von Analogieschlüssen — sondern diese Vermutung ist für manche Gutachter sehr bald eine bewiesene Tatsache. Die Aerzte müßten ferner eine bessere psychiatrische Ausbildung erhalten und auch mehr mit den Unfallgesetzen und ihrer praktischen Bedeutung bekannt gemacht werden. Immer und immer wieder sei aber auf die ernste Verantwortung hinzuweisen, welche die Aerzte mit der Erstattung eines Gutachtens — sei es auch nur ein Befundschein für 3 Mark — übernehmen. Gerade die erste Behandlung der Unfallverletzten und ihre zweckentsprechende Beratung bei dem Auftreten der ersten Beschwerden sei oft für den weiteren Verlauf des Unfallprozesses entscheidend. Auch sei es nicht richtig, daß die Unfallheilkunde von einem einzigen Lehrer an unsern Hochschulen gelehrt wird. Den Psychiatern müßte die Aufgabe zufallen, den Studierenden mit dem Wesen der traumatischen Neurosen vertraut zu machen. Vor allem sind die Studierenden zu warnen vor gar zu schneller Annahme einer Simulation.

Aus einem solchen Unterricht wird dann jeder die Mahnung mitnehmen, daß bei der Begutachtung Unfallverletzter besondre Vorsicht angebracht ist.

Zum Schluß schreibt dann der Herr Professor:

„So ist zu hoffen, daß bei weiterem Ausbau des Unterrichts vermeidbare Fehler von den Aerzten in Zukunft nicht mehr begangen werden, Fehler, die nur zu leicht dazu angetan sind, unsre Arbeiter oder deren Familie zu schädigen und die Wohlfahrtsgesetze in Verruf zu bringen."

Vorstehende Aeußerungen über die Art der Gutachten, wie sie von manchem Arzt geliefert werden, mögen sich die Arbeiter gut merken, um gegebenenfalls beim Schiedsgericht usw. Gebrauch davon zu machen. Professor Schultze ist als Autorität bekannt.

Von den Herren Aerzten, auf welche der Satz zu trifft, „daß die Sicherheit ihres Auftretens vor Gericht oder im Gutachten vielfach in umgekehrtem Verhältnis zu ihrem tatsächlichen Wissen steht", erwarten wir eingehendes Studium der lehrreichen Broschüre, die in jeder Buchhandlung zu haben ist. St.

Bestie Alkohol.

Der Alkohol als Medizin,
Wirkt oftmals wahre Wunder,
Doch trinkst im Uebermaß du ihn,
Mein Freund, da gehts bergunter.
Ein Grog bei rauher Winterszeit,
Der wärmt dir Herz und Magen,
Doch hältst du weder Maß noch Ziel,
Dann nimmt er dich beim Kragen,
Dann fängt es zu rumoren an
In deinem armen Schädel,
Er treibt dich auf die schiefe Bahn,
Zerstört was gut und edel,
Er macht aus dir ein wildes Tier,
Mit sinnlichen Begierden,
Du kannst dich selber nicht mehr aus
Und kriechst auf allen Vieren.
Ein kleiner Schwibs ist keine Sünd,
Der macht so frei und heiter,
Zweckloses Saufen schadet nur
Und bringt dich niemals weiter.

Jenny Horn.

Literarisches.

Aus Tag und Tiefe nennt Ludwig Lessen einen neuen Gedichtband, der soeben im Verlag der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68 (Preis 1.50 Mk.), erschienen ist. Wieder sind es Bilder aus dem Arbeiterleben, begeisternde Kampfrufe, visionäre Zeichnungen voll von einem frohen Zukunftsglauben, die uns der Dichter gibt. Auch die feingetönten Naturstimmungen fehlen nicht, die in knappen Strichen Landschaftsbilder von intimem Reiz hervorzaubern. Das Balladenartige überwiegt jedoch in dem vorliegenden Gedichtbändchen. Lebensschicksale aus der „Tiefe" werden gezeichnet, wie sie der Alltag zu Dutzenden bringt. Worte von düsterer Farbenglut umsprühen diese Gemälde, die von harten Proletarierschicksalen erzählen. In der gegenwärtig politisch hochgehenden Zeit des Wahlkampfes dürften gerade diese Gedichte am meisten fesseln und agitatorisch wirken. Die Ausstattung des Buches ist vornehm. Schon der Umschlag fesselt, der eine Reproduktion nach einer packenden Zeichnung von Käte Kollwitz bringt, wie sie treffender, wuchtiger und besser den Buchtitel illustrierend gar nicht gedacht werden kann. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Speditionen und Kolporteure.

Der Kampf um die Reichsversicherungsordnung. Herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68. Preis gebunden 2 Mark.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.